

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 1009 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Sonntag, den 17. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Proletariat an der Arbeit.

Die Arbeiterschaft der Kulturwelt hat in diesen Tagen schwere Kämpfe zu bestehen. Die reaktionären Mächte der Gesellschaft haben alle Kraft zusammengenommen, um die freiheitliche Bewegung des Proletariats nochmals zurückzudrängen und seine Organisation auf der Grundlage des revolutionären Sozialismus zu erschweren.

In Frankreich ist das Proletariat vor hohe Aufgaben gestellt. Der Montag hat gezeigt, daß es ihnen gewachsen ist. Die Verbrechen des Generalstabes sind aufgedeckt, der infame Anschlag der Monarchisten vereitelt. Aber es gilt, ein noch schwereres Werk zu vollbringen. Die Republik ist durch das energische Eingreifen der Sozialisten vor ihren offenen Feinden gerettet worden, nun muß sie von ihren falschen Freunden befreit werden, den mit der hohen Finanz verschwägerten Politikern, die eine Art republikanischen Feudalismus bilden, der zweideutigen Gesellschaft der bürgerlichen Journalistik und dem jüdischlichen Joberthum, das so gern an die Stelle der adeligen Mächthaber treten möchte. Die französische Sozialdemokratie hat das Erbe der großen Revolution übernommen, den Kampf für Freiheit und Gleichheit. In ihr ist Frankreichs Vergangenheit und Frankreichs Zukunft.

In Italien ist die Arbeiterschaft von reaktionären Anschlägen bedroht, die die kümmerlichen Freiheitsrechte des unfähig ausgebeuteten Volkes noch mehr einschränken wollen. Seit Jahren ist die Monarchie, die in diesem Bande der schamlose Kossigänger der finanziellen und politischen Korruption ist, bestrebt, die Rechte des Parlaments zu verkürzen. In diesen Tagen haben sich die Sozialisten genügend gesehen, eine erfolgreiche parlamentarische Obstruktion zu beginnen. Das Ministerium Pelloux hat unter dem Titel politischer Reformen Ausnahmegesetze gegen die oppositionellen Parteien vorgelegt und gewagt, eine „Amnestie“ zu publizieren, die den Opfern des Mailänder Kriegsgerichts ihre politischen Rechte vorenthält. Die Obstruktion, in der sich die Republikaner und Radikalen mit den Sozialdemokraten vereinigt haben, wird es unmöglich machen, daß die Pelloux'schen Vorlagen auf verfassungsmäßigem Wege Gesetz werden. Am Montag haben auch die Wahlen in Norditalien, zumal in dem im Vorjahre von der Soldateska geschändeten Mailand, die wachsende Macht der sozialistischen Partei bewiesen. Sie führt die Opposition gegen das Schandregiment, unter dem Italien senkt, und immer zahlreichere Schichten des Volkes wenden sich ihr zu, um durch sie zur politischen Freiheit und sozialen Reform zu gelangen.

In Oesterreich scheint es an Kämpfen solch großen Stils zu fehlen. In diesem unglücklichen Lande, dessen Regierung das Parlament mehr fürchtet als den wirtschaftlichen Gegner, deren politische Parteien den Willen zum Leben eingebüßt haben und widerliche Klagelieder aufführen, während die Regierung über das wichtigste Recht der Volksvertretung hinwegschreitet, scheint jeder Weg zu großen Zielen versperrt. Und dennoch — die Arbeiterschaft harret auch hier treu auf dem Posten aus, den ihr die Geschichte zugewiesen hat. Sie kämpft für jeden Fußbreit politischen Rechtes, das ihr Minister und Bezirkshauptleute nehmen wollen, sie wehrt sich mit Leidenschaft und Würde gegen die niederträchtigen Schurkereien der Christlich-Sozialen, die sie um das Wahlrecht bestreben wollen, und in bewunderungswürdiger Solidarität hilft sie den Brünner Webern, ihren habgierigen Ausbeutern den Jehnkundentag abzurufen. Was im Staate allein noch Leben und Zukunft hat, ist die Sozialdemokratie. Sie steht vielleicht in noch schwererem Kampfe als die Bruderparteien der anderen Länder. Vergiftete und stinkende Geschosse schwirren über ihr Haupt, aber sie bleibt aufrecht und kampfes-troh. Ist es eine schwere Aufgabe, so ist sie um so ehrenvoller. Sie heißt von dem Proletariat, einen Sumpf trocken zu legen und Neuland zu schaffen.

In Deutschland haben die feudalen Agrarier mit den habgierigen Industriearbeitern einen schändlichen Bund geschlossen, dem das Proletariat als Opfer auserselben ist. Die gewissenlosen Geldmenschen, deren Willen im herrlichen neuen Reich zum wirklichen obersten Gesetz worden ist, wollen im Verein mit den herrschsüchtigen Junkern,

die die hohen Stellen des Staates bis zur mächtigsten innehaben, durch die Zuchthausvorlage dem deutschen Arbeiter das Recht rauben, sich mit seinen Klassengenossen zur Abwehr betrügerischer Ausbeuter und zur Erringung würdigerer Lebensverhältnisse zu vereinigen. Durch ein schändliches Ausnahmegesetz soll der deutsche Arbeiter dazu verurtheilt werden, ein williges Objekt der Ausnützung zu bleiben und an den wichtigsten Kultur-gütern Mangel zu leiden, während die Erzeugnisse seiner Hand auf dem Weltmarkt glänzende Siege erringen und den Unternehmern ungeheure Reichthümer zutragen. Die großen politischen Parteien des Bürgerthums aber tragen theils ihre Befriedigung schamlos zur Schau, theils jene Gleichgültigkeit und Unthätigkeit, die dem Verrath gleichkommt. All die vielgerühmte geistige und sittliche Kultur der deutschen Vergangenheit, Aufklärung, Humanität, Liberalismus und Volksthum sind nicht im Stande gewesen, eine nennenswerthe Zahl auch unter den besitzenden Deutschen heranzuziehen, die dem frechen Angriff auf die Arbeiterklasse, dieser Gefährdung der friedlichen politischen und sozialen Entwicklung des Reiches, dieser Beschädigung des deutschen Namens gemeinsam mit dem Proletariat entgegenzutreten das Herz hätten. Nie hätte die Lehre vom Klassenkampf eine glänzendere Befestigung finden können. Von all den „Gebildeten“, auf die der deutsche Chauvinismus so stolz ist, sind kaum ein paar Hundert geblieben, die gegen die neueste und schurkischste Gewaltthat des kapitalistischen Absolutismus Protest erheben. Einzig und allein die Arbeiter selbst sind es, die den Widerstand aufnehmen.

Die deutsche Sozialdemokratie, die den Kampf gegen das Zuchthausgesetz führt, kämpft gleichermaßen für ihr dringendstes wirtschaftliches Interesse, für die Idee des Sozialismus und die Zukunft Deutschlands. Sie will verhindern, daß Deutschland selbst ein großes Zuchthaus werde, sie will, daß es von freigewinnenden und kräftigen Bürgern bewohnt werde, die sich selbst regieren und nicht Antreiber und Gendarmen rechtlos in die Hände gegeben sind.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 15. Juni 1899.
Aus dem Reichstage. Das Invalidenversicherungsgesetz ist heute verabschiedet worden. Bei der Abstimmung stimmten alle Parteien, auch die untrige, wie schon vorher erklärt worden war, für das Gesetz. Nur drei konservative Intransigenten blieben unter Führung des Grafen Kanitz sitzen, sie bildeten im Verein mit zwei welfischen Abgeordneten die Minderheit von fünf Stimmen, die theils aus prinzipieller Querköpfigkeit, theils aus Unzufriedenheit über zu geringe Liebesgaben an die ostelbischen Versicherungsanstalten sich zum Nein entschlossen hatte. — Die Debatte und die Abstimmung über den Schweiß von Resolutionen, die das Gesetz gezeitigt hat, wurde auf Anregung Singers in den Herbst verschoben. Dann wird man sich in voller Ausführlichkeit über die Reform der Krankenversicherung, die von uns beantragte Unterstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Gefinbes unter diese und über die Wittwen- und Waisenversorgung unterhalten.

Der Gesamtstimmung voran ging noch eine lange Debatte über den § 130 a, der auf unsere Anregung von der Kommission aufgenommen, in der zweiten Lesung aber gefallen war. Es handelt sich um das Recht der Versicherungsanstalten, Schutzvorschriften zur Verhütung der Invaliddität zu erlassen und die Kontrolle auszuüben. Das Zentrum stimmte unter dem nichtsagenden Vorwand dagegen, daß das mit den Konservativen abgeschlossene Kompromiß die Opfer erforderlich gemacht habe. Hätte es dem Zentrum sehr viel daran gelegen, diesen Fortschritt im Interesse der Arbeiterklasse durchzusetzen, so wäre es ihm sicherlich gelungen. So aber bewies es auf Kosten der Arbeiter seine Willfährigkeit und unser Antrag, den Wurm kräftig verteidigt hatte, fiel. — Die dritte Lesung des Nachtragsetats verlief sehr still. Graf Arnim versuchte eine Kolonialdebatte zu entfesseln; im Hause herrschte aber keine Lust dazu. Morgen kommt das Handelsprovi-sorium mit England zur Verhandlung.

93. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky.
Die dritte Beratung des Invalidenversicherungsgesetzes wird fortgesetzt.
Als §§ 130 a—e beantragen die Sozialdemokraten die Wieder-

aufnahme der in zweiter Lesung abgelehnten Schutzvorschriften. § 130 a lautet:

Die Versicherungsanstalten sind befugt, für ihre Bezirke Vorschriften über die von den Arbeitgebern Versicherten zum Schutze der Letzteren gegen gesundheitsschädliche Einflüsse zu treffenden Einrichtungen unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafe bis zu 300 M. zu erlassen. — Diese Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichsversicherungsamts.

Die §§ 130 b—e enthalten die Ausführungsbestimmungen dazu.

Abg. Dörmann (wiltb.): Es liegt bei diesen Anträgen die berechtigende Tendenz vor, einerseits die Arbeiter nach Möglichkeit gegen Invaliddität zu schützen und in Folge dessen andererseits die Lasten der Versicherungsanstalten zu vermindern. Ich bin der Uebergangung, daß ein Versuch, den Versicherungsanstalten reichs-gesetzlich das Recht zum Erlaß solcher Schutzvorschriften zu ermöglichen, gute Erfolge zeitigen wird, bin daher prinzipiell mit den Anträgen einverstanden und werde für dieselben stimmen. Da ihre Annahme ausgeschlossen ist, kann ich es mir im übrigen verlagern, einzelne Bedenken, die ich gegen die Fassung der Anträge habe, noch näher zu begründen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geheimrath Dr. Fischer: Meine Regierung hat mich beauftragt, ihre Bedenken gegen diese Anträge hier vorzubringen. In voller Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretär Grafen von Posadowsky hält meine Regierung im Interesse des Arbeiterschutzes die Ausdehnung des Gewerbeinspektors für den einzig richtigen Weg und hat sogar die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren in Aussicht genommen. Ich bitte Sie daher, die Vorlage, deren Bedeutung allgemein anerkannt wird, nicht durch die Aufnahme der hier beantragten Bestimmungen zu gefährden.

Wurm (SD.): Es ist selbstverständlich, daß überall da, wo ernsthaft dem Schutze der Arbeiter gebient werden soll, seitens der sächsischen Regierung nicht das Geringste gethan wird. Das ein-müthige Urtheil aller Sachverständigen geht dahin, daß die säch-sische Fabrikinspektion die schlechteste ist. Beweis dafür ist schon, daß der Kreis der Gewerbeinspektion in Sachsen am aller engsten gezogen ist. Wir verlangen weiter, daß die Gewerbeinspektoren aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen genommen werden, erst dann werden sie wirklich den Interessen der Arbeiter dienen. In Sachsen geht man aber soweit, daß man den Gewerbeinspek-toren überhaupt verbietet, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten. Bei dem herrschenden Wahrecht können wir in den meisten Einzelstaaten nicht hoffen auf Ausdehnung des Arbeiterschutzes im Interesse der Arbeiter Einfluß zu gewinnen. Daher halten wir unsere reichsgesetzliche Regelung der Schutzvorschriften für durchaus notwendig. Der Wirkungskreis dieser hier neu zu schaffenden Beamten soll auch ein besonders großer sein. Er soll sich vor allem auch auf die Betriebe der Hausindustrie und über-haupt all die Betriebe erstrecken, die nicht Fabriken im Sinne des Gesetzes sind, deren sanitäre Zustände aber noch sehr viel zu wünsch-sam übrig lassen. Außerdem soll durch unsere Anträge die Selbst-ständigheit der Aufsichtsbeamten in Bezug auf den Erlaß von Schutzvorschriften erhöht werden. Heute haben sie nur das Recht, die Unternehmer, welche die bestehenden Vorschriften nicht befolgen, zur Anzeige zu bringen und die Gerichte erkennen in solchen Fällen stets nur auf sehr geringe Strafen. Ich bitte Sie also, nicht nur immer von Ihrem warmen Herzen für die Arbeiter zu sprechen. Hier können Sie Ihre Arbeitersympathie beweisen, wenn Sie für unsere Anträge stimmen. (Bravo! v. d. Soz.)

Lehr (SD.) hat 19 Jahre hindurch die Thätigkeit der säch-sischen Behörden beobachtet und kann bezeugen, daß die Gewerbe-aufsicht nirgends so verträglich ist, wie dort, wie schon die Revisi-onen beweisen. Der Angriff der Sozialdemokraten beweist gerade, wie richtig die sächsische Regierung handelte. (Ironisches Bravo! links.)

Zeidler (K.) wendet sich gleichfalls gegen den Abg. Wurm. Die Schutzvorschriften würden mehr schaden als nützen.

Hilke (L.): Wir haben in der Kommission und größtentheils auch im Plenum bei der zweiten Lesung für die Schutzbestimmungen gestimmt; sind aber, da die Mehrheit des Hauses nun einmal dagegen ist, nicht in der Lage, in dritter Lesung die Anträge zu unterstützen, deren Wiedereinbringung jetzt nur einen demonstrativen Werth hat.

Wurm (SD.): Wenn der Herr Abg. Lehr als Beweis für die Vortrefflichkeit der sächsischen Gewerbeaufsicht die Revisionsrevisionen angeführt hat, so hat er damit nur den Beweis geliefert, daß er nichts von der Sache versteht. Die thätigsten Aufsichtsbeamten sind gerade darüber einig, daß die Beauftragung mit der Revisi-on der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe hindernd im Wege steht. Der Herr Abg. Zeidler hat dagegen die große Zahl der inspi-rirten Fabriken als Beweis für die Vortrefflichkeit der sächsischen Gewerbe-inspektion angeführt. Allein die große Anzahl der Revisionen ist kein Beweis für die Güte derselben. Gerade in verschiedenen süb-deutschen Staaten, in denen die Gewerbeaufsicht eine gute ist, sind die Revisionen verhältnismäßig viel seltener; dafür sind es aber eben auch wirkliche und nicht, wie in Sachsen, bloße Scheinrevisi-onen. Die sächsischen Arbeiter spüren und sehen nichts von der Thätigkeit ihrer Gewerbeinspektion. Herr Abg. Zeidler hat sich ferner zu der Behauptung verfliegen: die Sozialdemokraten sind selbst Schuld an der Verschlechterung des Wahlrechts, weil sie immer mit Abänderungsvorschlägen kommen. Eine kühnere Logik ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig!) Also weil wir eine Verbesse-rung fordern, deshalb ist die Regierung zu einer Verschlechterung be-rechtigt! Mit dem gleichen Recht kann man sagen: weil ihr eine Verbesse-rung der Gewerbeaufsicht wolle, deshalb wollen wir sie gänzlich abschaffen. (Heiterkeit.) Herr Zeidler hat ferner die Ver-särfkung ausgesprochen, daß die verschiedenen Aufsichtsbeamten mit einander in Konflikt gerathen könnten. Nun, eine solche Konfurrenz können wir uns schon gefallen lassen — sie liegt nur im Interesse des sozialen Fortschrittes. Ich wünsche, es bestände wirklich ein Wettstreit unter den Aufsichtsbeamten darüber, wie am besten die Gesundheit der Arbeiter zu schützen sei. (Sehr richtig!) — Nun noch ein Wort zu Herrn Hilke: Es ist wahr, keine Parteigenossen haben in der Kommission und in zweiter Lesung für unsere Anträge

gestimmt. Bei der dritten Lesung aber sind sie angefallen. Wie hoffen, daß nur auch den katholischen Arbeitern die Augen aufgehen werden über die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums. (Bravo! bei den SD.)

Dr. Schr. (M.): Herr Wurm hat mich mißverstanden. Ich habe Sachen gelobt, weil es keine Reflexionen an technisch gebildete Beamte überwiegen hat.

Dr. S. (H.): Von einem Umfalle des Zentrums kann nicht gesprochen werden. Die dritte Lesung ist nicht dazu da, um den Standpunkt der Partei darzulegen, sondern um einzuhaken, was zu erreichen ist. Der Antrag ist aus schließlich und wir haben keinen Grund, den Agitationsantrag einer anderen Partei mitzumachen. Die katholischen Arbeiter wissen, daß wir alles gethan haben, das Gesetz für sie vorthellhaft zu gestalten. (Bravo! im Zentrum.)

Reidler (R.) wiederholt seine vorigen Behauptungen von der Vorthellhaftigkeit der sachlichen Gewerbeinspektion. Die Gewerbeinspektion in Sachen hat, wie mir berichtet wird, mit der Reflexion sehr wenig zu thun, hat daher genügend Zeit zur sorgfältigen Revision der Betriebe.

Wurm (S.): Sollte das Zentrum sich standhaft gezeigt, so hätte es Verbesserungen für die Arbeiter durchsetzen können; es hat aber die Waffen gestreckt, weil ihm eben die Arbeiterinteressen weniger als die der Unternehmer am Herzen liegen. (Sehr richtig! bei den SD.)

Dr. S. (H.) behauptet, das Zentrum habe in der freien Kommission durchgehelt, was es immer im Interesse der Arbeiter hätte durchsetzen können.

Franke (M.) erklärt, daß er als 63jähriger Mann, der jahrelang selbst die Pötte geführt habe, in den Arbeiterverhältnissen Weisheit wisse und im Interesse der Arbeiter selbst gegen den Antrag sei.

von Pöbel (R.) spricht gleichfalls gegen den Antrag, weil die bestehenden Vorschriften und Behörden volkum genügt seien. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die weiteren Paragraphen des Gesetzes werden mit einigen redaktionellen Aenderungen debattelos genehmigt, beagl. Arbeiterchrist und Einleitung des Gesetzes.

Die Präsidenten v. Frege schlägt vor, die Gesamtbestimmung über das Gesetz auszusprechen und am Sonnabend oder Freitag vornehmen zu lassen, nimmt indessen auf Wunsch des Abgeordneten S. (H) bereits in der heutigen Sitzung die Gesamtbestimmung noch vor.

Alleinliche Parteien, auch die sozialdemokratische, stimmen für das Gesetz (Bravo!), dagegen stimmen unter großer Heftigkeit des Hauses nur die konservativen Graf Ranig, v. Dewitz und v. Staudt, sowie die weislichen Abgg. v. Scheele und v. Wangenheim.

Damit ist das Invalidenversicherungs-Gesetz verabschiedet.

Die Beratung über alle vorliegenden Resolutionen wird auf Antrag des Abg. Singer (S.) nach der Vertagung im Herbst vorgenommen werden. Unter denselben befindet sich auch eine von den Sozialdemokraten eingebrachte, die die laud- und forschwirtschaftlichen Arbeiter, sowie das Gesinde in die Krankenversicherung einbezogen wissen will. Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Der Nachtragsetat wird hierauf in dritter Lesung ohne wesentliche Debatte angenommen; ebenso das Etats-Gesetz.

Beim Kolonial-Nachtragsetat beklagt sich Graf Arnim (Mp.) über die zu weit gehenden Konzessionen an gewisse Gesellschaften. Dadurch werde die Kolonisation geschädigt.

Kolonialdirektor v. Buchta erklärt, bei seinem Vorgehen die Mehrheit des Reichstags hinter sich zu haben.

Miller-Sagan (Fp.) findet, daß derlei Dinge nicht in die Beratung des Nachtragsetats gehören.

Nach einer Replik des Abg. Graf Arnim wird der Nachtragsetat für die Kolonien bewilligt; ebenso das Etatsgesetz.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Handelsprovisorium mit England; Novelle, betr. Rechtsverhältnisse in den Kolonien; Handelsabkommen mit Uruguay; Konsularvertrag mit Brasilien.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Schutz dem „gewerblichen Arbeitsverhältnisse“. Die „Begründung“ der Buchhausvorlage will durch Ausführung großer Zahlen aus der Kriminalstatistik, deren Beziehung zu sogenannten terroristischen Thaten Streikender gänzlich unkontrollierbar ist, beweisen, daß die Verschärfung und Erweiterung der Strafvorschriften gegen streikende Arbeiter nötig ist. Durch diesen verwerflichen Mißbrauch der amtlichen Zahlen sucht die Begründung vor allem die Aufmerksamkeit von dem Umstande abzulenken, daß die Bestrafungen aus § 153 der Gewerbeordnung so lächerlich geringfügig sind.

Dagegen giebt es amtliche Zahlen, die die Vergehungen der Unternehmer gegen die Arbeiter über allen Zweifel rein zum Ausdruck bringen, und zwar Zahlen, die in ganz respektablem Größe aufmarschieren. Nach der Kriminalstatistik für 1897 wurden, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, gerichtlich bestraft:

96 Unternehmer wegen Vergehens gegen § 115 der Gewerbeordnung (Zwangsarbeit),

2870 Unternehmer wegen ungesetzlicher Beschäftigung von Arbeitern an Sonntagen,

944 Unternehmer wegen sonstiger verbotswidriger Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern,

8 Unternehmer wegen verbotswidriger Eintragung von Merkmalen ins Arbeitsbuch,

zusammen also **3918 Unternehmer**, die gerichtlich bestraft werden mußten, weil sie die zum Schutze der Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung erlassenen gesetzlichen Vorschriften mißachteten.

Die Strafen scheinen ihnen aber nicht allzu wehe gethan zu haben, denn es befinden sich unter den Bestraften nicht weniger wie **728 Rückfällige**. Besser als alles andere beweist die große Zahl der Rückfälligen die Nothwendigkeit einer Verschärfung der „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ bestehenden Strafvorschriften.

Noch schärfer tritt diese Nothwendigkeit hervor, wenn man die Berichte der Gewerbe-Inspektoren zu Rathe zieht. Nach deren gleichfalls amtlichen Zahlen ist nämlich die Anzahl der durch gerichtliche Verurteilung geführten nur ein geringer Bruchtheil der Vergehungen von Unternehmern gegen Arbeiter. Aus den amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der

Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1897“ ergibt sich nämlich Folgendes:

Von den Aufsichtsbeamten wurde ermittelt, daß die Vorschriften zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter (unter Ausschluß der Verletzungen aller bloßen Formvorschriften) in **9757 Fällen** verletzt wurden. Da hierin die verbotswidrige Sonntagsarbeit, deren Uebervachung den Ortspolizeibehörden obliegt, nicht inbegriffen ist, so ergibt sich die auffällige Thatsache, daß nur etwa ein Zehntel aller derartigen Unternehmer-Vergehens bestraft wurden, neun Zehntel dieser Gesetzesverächter aus den Kreisen der Unternehmer blieben unbestraft.

Hieraus ergibt sich der zwingende Schluß, daß nicht nur eine Verschärfung der Strafvorschriften, sondern auch eine schärfere Anwendung der bestehenden Vorschriften gegen die Unternehmer erforderlich ist.

Es ergibt sich aber noch ein anderes daraus. Als Grund für die Erweiterung der Strafvorschriften gegen die Koalition wird angeführt, daß die Arbeiter in den letzten Jahren vielfach gestreikt haben weniger um die Verbesserung der Löhne und der Arbeitszeit, als vielmehr um das Recht der Mitbestimmung im Betriebe und daß in solchen Fällen der bestehende § 153 nicht anwendbar sei. Man hat aus solchen Forderungen der Arbeiter den Vorwurf besonderer Hirschlichkeit und eines unerträglichen Terrorismus hergeleitet. Aus den oben gegebenen Zahlen geht aber hervor, wie nothwendig gerade das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist; hätten sie genügenden Einfluß auf die Leitung der Betriebe, sie würden die vielen Verletzungen der zu ihrem Schutze erlassenen Vorschriften nicht dulden.

Also heraus mit einem Gesetze „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, um den geschloßen Sinn der Unternehmer zu strafen!

Selbst dem „Deutschen Adelsblatt“ ist die Buchhausvorlage nicht ganz aus der Seele gesprochen. Es will „gern zugeben“, daß die Vorlage in „einigen“ Punkten abänderungsbedürftig ist, und meint hierbei:

„Gegen den Terrorismus der kapitalistischen Unternehmer, die weder Herz noch Verstand für die Lage der Arbeiter haben, die nichts weiter kennen und berücksichtigen, als lediglich ihr Geschäft, gegen diese soziale Gefahr müssen noch festere Dämme errichtet werden.“

Daß der festeste Damm gegen den Terrorismus der Unternehmer die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist, kann das „Deutsche Adelsblatt“ natürlich nicht sagen, denn dann müßte es sich logischerweise auch für die Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter erklären.

Als Eideshelfer Posadowsky, des verantwortlichen Redakteurs der Zeitschrift, tritt der Münchener „Arbeiter“, das Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands, auf, indem er schreibt:

„Die Buchhausvorlage ist dem Terrorismus der Sozialdemokraten zu verdanken. Ohne die Gewaltthatigkeiten, die die Sozialdemokraten gegen andergestimmte Arbeiter verübten, hätte Niemand den Versuch gewagt, ein solches Gesetz zu machen. Der Mißbrauch des Koalitionsrechtes von Seiten der Sozialdemokraten hat zu einem Angriff auf das Koalitionsrecht von Seiten der Sozialdemokraten geführt. Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine haben oft genug den brutalen Terrorismus der Sozialdemokraten verurtheilt, die das Koalitionsrecht nur für sich in Anspruch nehmen und die die christlichen Arbeiter an der Ausübung des Koalitions- und Versammlungsrechtes oft genug in gewaltsamer Weise gehindert haben.“

Posadowsky, Stumm, Karboff und Konsorten werden sich über diese „unbefangene Stimme aus der Arbeiterklasse“ gewiß freuen. Das Zentrum aber auch, dessen voraussetzlicher Umfalle im Voraus beschönigt wird durch ein Auch-Arbeiterorgan. Wenn im weiteren Verfolg des Artikels etwas von der Bedrohung des Koalitionsrechtes gewaselt und gesagt wird, „die katholischen Arbeitervereine erwarten in aller Ruhe, daß das Zentrum seine Hand zu irgendwelcher Schmälerung des Koalitionsrechtes nicht bieten werde“, so müßte man die so oft gekaufte Gläubigkeit der katholischen Arbeiter bewundern, wenn nicht bekannt wäre, daß alle Anderen, nur nicht die Arbeiter, Einfluß auf das katholische Arbeiterblatt haben.

Im Landtage von Neuch. J. wird die Regierung über ihre Stellung zur Buchhausvorlage befragt werden. Die freisinnigen Abgeordneten Raib, Fröb und Lautenschläger haben folgende Interpellation eingebracht: „Wie hat sich der Bevollmächtigte des Fürstenthums Neuch. J. im Bundesrath zu der beim Reichstage eingebrachten Gesetzesvorlage „Zum Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse“ gestellt? Im Falle der Zustimmung zu diesem Gesetzentwurfe: Aus welchem Grunde ist dieselbe erfolgt?“ Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragen: Das Fürstliche Ministerium zu ersuchen, den Bundesrathsvorsetzer anzuweisen, falls die Vorlage im Reichstage angenommen werden sollte, die Zustimmung zu verweigern.

Von der Buchhausvorlage. Aus Berlin melden nationalliberale Blätter vom 14. Juni: „Die national-liberale Fraktion hat heute mit großer Mehrheit beschlossen, die sogenannte Buchhausvorlage glatt abzulehnen. — Wir können ruhig die Stunde abwarten, wo die Entscheidung fällt. Von einer einmüthigen Ablehnung ist keinesfalls die Rede, ein Bruchtheil splittert ab, und was die Fraktion am Ende thut, ist bei der Rationalliberalen unergründlicher Bersplitterung und Umfallefähigkeit bis zum letzten Augenblicke nicht zu sagen.“

Dem Bundesrath ist eine Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Uruguay über das Wiederinkrafttreten des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 20. Juni

1892 zugegangen. Dieser Vertrag, der im Wesentlichen die gegenseitige Reichbegünstigung festsetzt, ist durch Räumigung Uruguays am 31. Juli 1897 außer Kraft getreten, nachdem auch die Handelsverträge Uruguays mit England, Frankreich und Italien bereits vorher ihre Wirksamkeit verloren hatten. Die Regierung Uruguays, welche Deutschland seit dieser Zeit thatsächlich die Reichbegünstigung gewährt, während bei uns der Import aus Uruguay dem Generaltarif unterliegt, brachte nun im vergangenen Jahre in Anregung, bis zum Abschluß eines neuen Abkommens den früheren Vertrag wieder aufleben zu lassen. Es erschien angezeigt, diesem Vorschlage Folge zu geben, um für die deutschen Handelsbeziehungen zu Uruguay wieder eine feste Grundlage zu schaffen. Nach der vorliegenden Uebereinkunft soll der spätere Vertrag wieder in Kraft treten, jedoch ohne daß eine bestimmte Dauer des Vertrages vorgesehen ist, daß derselbe vielmehr jederzeit mit einjähriger Frist gekündigt werden kann.

Nachmal's Arbeiterstärke und Schweinepaläste. Nachdem die agrarische Presse schlankweg den Bericht eines Elbinger Blattes über die Aenderung des Kaisers betreffs der Arbeiterwohnungen in Ostelbien als erfunden bezeichnet hatte, muß jetzt die „Kreuzzeitung“ zugeben, daß die Sache doch richtig ist. Der Kaiser habe im Gespräch mit der Gemahlin des Landraths v. Estorf auch neben den von ihm anerkannten Vorzügen des Gutes die ihn wenig befriedigenden Arbeiterwohnungen Cabins erwähnt, deren Besserung er sich vorbehalte. „Scherzend“ habe der Kaiser etwa hinzugefügt, da hätte es ja das Vieh beinahe besser. Das Blatt bekennt nur, daß von einem allgemeinen Urtheil über die Wohnungen im Osten die Rede gewesen sei.

Die verschwundenen Thronfolge-Alten. Die Lippische Thronfolge hat Donnerstag in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung gegen den Archivath Berke meier ein gerichtliches Nachspiel erfahren. Im Oktober 1898 hatte der lippische Staatsminister v. Miessched den Wunsch, sich über die Thronfolgefrage in Lippe näher zu unterrichten. Er ließ sich daher aus der Ministerial-Registatur die erforderlichen Akten bringen. Bei Durchsicht derselben bemerkte der Minister sofort, daß eine ganze Reihe von Aktenstücken fehlte. Er soll u. A. den Staatsvertrag zwischen Lippe und Schaumburg-Lippe vermisst haben, ferner eine Verhandlung bezüglich des Erlasses des Fürsten Wolde mar betreffs der Regenschaft des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe, einen von dem früheren Minister von Richthofen verfaßten Entwurf eines Regenschafts-Gesetzes, die Verhandlung der Staatssekretäre von Marschall und von Wütlicher betreffs der Regenschaftsfrage. Es ergab sich, daß diese und noch andere Akten von dem verstorbenen Minister von Wolffgramm dem Archivath Berke meier übergeben worden waren. Der Minister forderte den Archivath auf, ihm die Akten herauszugeben. Dieser soll geantwortet haben: er habe einen Theil der Akten nach Bückeburg gesandt, einen anderen Theil in seinem Privatbesitz. Er könne diese Akten aber nicht herausgeben, da er damit einen Vertrauensbruch begehen würde. Er habe auch nicht Akten, sondern nur Privatkorrespondenzen, die ihm nicht amtlich, sondern privatim übergeben worden seien, in seinem Besitz. Einen Theil dieser Schriftstücke habe er von dem früheren Minister von Richthofen mit dem Auftrage bekommen: sie dessen Nachfolger, dem verstorbenen Minister von Wolffgramm zu übergeben. Dies habe er auch gethan. Der Minister v. Wolffgramm habe ihn gebeten: wenn er etwa einmal plötzlich sterben sollte, die verschiedenen Papiere, die sich auf die lippische Thronfolge beziehen, die aber nur Privatkorrespondenzen seien, an sich zu nehmen, damit dieselben unbefugten Einblicken entzogen werden. Der Minister habe dabei ausdrücklich bemerkt, daß er mit dieser Bitte in vollem Einverständnis mit dem Fürsten Wolde mar handle. Als v. Wolffgramm gestorben war, habe der behandelnde Arzt Dr. Stemann ihm die Schlüssel zu dem Schrank überbracht, in dem die Papiere, die den Titel: „Die Regulierung der lippischen Thronfolge“ führten, aufbewahrt waren. Er habe auch gleich einigen Mitgliedern der Regierung erklärt, daß er beauftragt sei, gewisse Papiere an sich zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft war jedoch der Meinung, daß es sich hier um amtliche, dem Archivath Berke meier auch amtlich übergebene Aktenstücke handelte. Dieser hatte sich deshalb vor der ersten Strafkammer des fürstlichen Landgerichts in Detmold wegen Verletzung des § 133 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Dieser Paragraph lautet:

„Wer eine Urkunde, ein Register, Akten oder einen sonstigen Gegenstand, welche sich zur amtlichen Aufbewahrung an einem dazu bestimmten Ort befinden, oder welche einem Beamten oder einem Dritten amtlich übergeben worden sind, vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft oder beschädigt, wird mit Gefängniß bestraft. Ist die Handlung in gewaltsamer Absicht begangen, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Als Zeuge war u. A. der Staatsminister v. Miessched geladen. Der frühere Lippische Minister v. Richthofen, jetzt Regierungspräsident in Köln, und der frühere Lippische Minister v. Derken, jetzt Regierungspräsident in Sigmaringen, sind kommissarisch vernommen worden. Der Staatsanwalt beantragte in der Verhandlung gegen Berke meier 6 Monate Gefängniß. Der Angeklagte wurde aber von der Anklage der Weisheitschaffung amtlicher Aktenstücke freigesprochen und die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Die Urtheilsbegründung führt aus, daß weder subjektiv noch objektiv eine Schuld nachgewiesen sei.

An die Berufsgenossenschaften hat das Reichsverseherung sammt kürzlich ein Rundschreiben

gerichtet, wodurch die Geschäftspraxis derselben vielfach behindert wird. Es sind dieselben Klagen, die von Verletzten so oft erhoben worden sind; es ist daher bemerkenswerth, sie gewissermaßen amtlich bestätigt zu sehen. Das Rundschreiben spricht davon, daß eine Anzahl Genossenschaften den Verletzten nicht die für die Berechnung der Rente maßgebenden Unterlagen mittheile, daß ferner vielfach noch einer ganz unzulänglichen Erörterung eines Rentenanspruches dem Verletzten kurzweg ein Ablehnungsbescheid zugestellt werde. Es sei verwerflich, wenn Anwaltsträte in gewissem Sinne als Vertreter der Berufsgenossenschaften auftreten und, wie es oft vorgekommen, vorzeitig aus dem Krankenhaus ausschreibende Verletzte einen Verzicht auf ihre weiteren Ansprüche erklären lassen. Auch enthielten viele Feststellungsbescheide nicht die vorgeschriebene Belehrung über Einlegung des Rekurses. — So geht es viele Seiten fort. Den Verletzten kann daher nur empfohlen werden, sich nöthigen Falles an geeigneten Stellen über ihre Rechte zu befragen. Unter Umständen, wie die angeführten, ist es erklärlich, daß die Zahl der Rekurse und Berufungen erheblich zugenommen hat.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gab es Donnerstag eine ordentliche Ueberraschung. Die Entscheidung über die Kanalvorlage ist noch nicht gefallen, sondern auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Das Centrum hat diese dilatorische Behandlung der Vorlage durchgesetzt, wieder einmal die Rolle der ausschlaggebenden Partei gespielt und die Regierung gehörig seine große Macht fühlen lassen. Was eigentlich die Gründe waren, die das Centrum veranlaßten, den Antrag auf Rückverweisung der Kanalvorlage an die Commission zu stellen ist noch nicht ganz klar. Daß es nicht nur die in der Begründung des Antrags angegebenen Compensationen für Schlesien und Lippe sind, sondern Compensationen auf ganz anderem Gebiete, dürfte indeß keinem Zweifel unterliegen. Die Sitzung hatte ganz den Anschein eines sogenannten großen Tages. Das Haus war in allen seinen Theilen ganz ausgezeichnet besetzt, nur auf der rechten Seite waren überhaupt einige Lücken bemerkbar, von den 433 Abgeordneten waren, wie sich nachher bei der namentlichen Abstimmung ergab, 400 zur Stelle. Bedenkt man, daß noch einige Mandate durch den Tod erledigt sind, so ist das eine ganz außerordentlich hohe Präsenziffer. Auf der Ministerbank waren die preussischen Staatschefs mit dem Präsidenten und Vicepräsidenten des Staatsministeriums an der Spitze fast vollständig erschienen, es wimmelte auch von Geheimräthen und selbst die Tribünen — ein seltenes Vorkommniß im Landtage — waren gut besetzt. Fürst Hohenlohe, der Kanzler des Reichs und Präsident des preussischen Staatsministeriums schwang sich zu einer längeren Rede auf, welche er zwar im Konzept vor sich hatte, aber doch sorgfältig genug memorirt hatte, um sie nur stellenweise ablesen zu brauchen. Die Rede des Reichskanzlers brachte nichts Neues, immerhin schlug sie gegen die Agrarier einen ziemlich energischen Ton an. Die agrarischen Bedenken und ihre Widerlegung nahmen den größten Theil der regierungsfreudigen Erklärung ein, Mit besonderer Schärfe wurde darauf hingewiesen, daß die Befürchtung, der neue Mittellandkanal könne ein neues Einbruchsthor für ausländisches Getreide abgeben, insofern ganz grundlos ist, als es solcher Einbruchsthore in Hülle und Fülle giebt und ein solches Thor mehr oder weniger nicht in Betracht komme. Auch Compensationen wurden von der Regierung ausdrücklich versprochen und als weißer Raub unter den schlesischen Abgeordneten wurde der freikonservative Fabrikbesitzer Schöcker laut als ein eifriger Kanalfreund gepriesen. Mit dem weißen Rabentum des genannten Schöcker ist es freilich zu eine eigene Sache. Besagter Herr besitzt zwar Fabriken in Schlesien, er ist auch in Schlesien gewählt und hat auch dort seinen Wohnsitz, aber seine Familie stammt aus Dürren und hat dort am untern Rhein große industrielle Anlagen in Besitz. Also auch hier Interessenspolitik und daher die Kanalfreundlichkeit. Daß die Rede des Fürsten großen Eindruck gemacht hätte, kann man beim besten Willen nicht behaupten.

Der Redner des Centrums, Frhr. v. Heeremann, berief sich nach ihm das Wort nahm, fand viel größeres Interesse. Seine kurzen Ausführungen rechtfertigten dieses Interesse voll und ganz, denn er formulirte den Antrag des Centrums, die Vorlage noch einmal an die Commission zurück zu verweisen, um erneut zu prüfen, ob die von der Regierung zugesagten Compensationen ausreichend seien oder nicht.

Von den beiden konservativen Zwillingparteien widersprachen die Abgg. Graf v. Limburg-Stirum und Stenzel dem Centrumsantrag, die übrigen Parteien stimmten aber zu, wie Richter sagte, der Noth gehorchend nicht dem eigenen Triebe. Denn, wäre es nicht zur Rückverweisung gekommen, so hätte sich das Centrum, wie Frhr. v. Heeremann gleichfalls angekündigt, der Abstimmung enthalten und die Ablehnung der Vorlage gegen die Mehrheit der konservativen Parteien wäre sicher gewesen. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen, daß die Konservativen mit Ausnahme vielleicht der abhängigen Landräthe und Regierungspräsidenten kampflustig genug waren, die Vorlage zu Falle zu bringen. Die Aktion des Centrums richtete sich also in erster Linie gegen diese unzufriedenen Abgg. der Konservativen und die Linke mußte mitthun, weil so wenigstens nicht alle Hoffnung verloren ist, die Vorlage schließlich doch noch durchzubringen. Wie lange die Entscheidung hinausgeschoben ist, kann heute Niemand mit Bestimmtheit sagen, es kann Tage, es kann ebenso gut noch Wochen dauern. Man wird aber nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß

dem Centrum die von der Regierung angebotenen Compensationationen dann erst als ausreichend erscheinen werden, wenn das Kommunalwahlgeseß nicht nur vom Landtag, sondern auch von dem am 1. Juli zusammentretenden Herrenhause angenommen sein wird.

Neue politische Nachrichten. Der Bundesrath ertheilte Donnerstag den Ausschüssen auf dem Entwurf einer Richtordnung für die Binnen-Schiffahrt auf der Elbe seine Zustimmung; ebenso stimmte der Bundesrath dem Bericht der ständigen Ausschüsse zu, betr. die Vereinbarungen zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Mitwirkung der beiderseitigen Konsularischen Vertreter bei der Regelung von Fischereien von Staatsangehörigen und dem Bericht der betreffenden Ausschüsse, betreffend die Uebereinkunft zwischen dem Reich und der Republik Uruguay über das Wiederinfestsetzen des Handels- und Schiffsabzugsvertrages vom 20. Juni 1892. Ferner wurde über einen dem Kaiser zu unterbreitenden Voranschlag, betr. die Regelung einer Reichssteuer beim Reichsgericht, Beschluß gefaßt. — An dem Reichstag ist seitens des Vereins Berliner Richter für die Petition gerichtet worden, den § 433 der Gewerbeordnung dahin zu ändern, daß der Richterverkauf in Wälfen zu sofortigen Genüssen nicht als ein Schaufgewerbe im Sinne dieses Paragraphen angesehen werden und weder der an bauliche Einrichtungen geknüpften Konzeptionspflicht noch der Schanksteuer unterliegen möge. In der Begründung wird u. A. darauf hingewiesen, daß der Richterverkauf für Kranke, Schwache und Kinder von wohlthätiger Wirkung sei und als Mittel zur Bekämpfung des Genusses von Alkohol die weitgehendste Förderung verdiene. — Der Kolonialrath ist Mittwoch Nachmittag geschlossen worden, nachdem er noch über die Ausbildung der Kolonialbeamten verathen und Mittheilungen über die Branntweinsteuer in Ostafrika entgegengenommen hatte. — Aus Graudenz wird gemeldet: Zwischen zwei Offizieren der hiesigen Garnison fand ein Duell statt. Lieutenant Th. vom 35. Feldartillerie-Regiment wurde lebensgefährlich verletzt. Der Reichskanzler hat im Reichstage angekündigt, daß auf eine Verminderung der Duellstrafe nach Rücksicht hingewirkt werden solle. Bis jetzt ist von einer solchen leider noch immer nichts zu hören. — In Coburg-gothaischen Thronfolgefrage meldet man aus Gotha: Der in Coburg weilende Minister v. Strenge ließ dem Landtag erklären, daß wegen der schwebenden Verhandlungen über die Thronfolge am 1. März keine Mittheilungen unthunlich seien. Der Landtag, nicht befriedigt, wird in Gegenwart des Ministers darüber verhandeln. — Der Parteitag der Deutschen Volkspartei findet in diesem Jahre, wie jetzt endgültig festgesetzt ist, am 24. und 25. September in Mainz statt. Von sozialpolitischen Fragen wird wiederum die Versicherung der Arbeitlosen erörtert werden. — Was Konstantinopel läßt sich das „Welt-Tageblatt“ melden, es behauptet sich dort hartnäckig das Gerücht, der deutsche Vorkämpfer Freiherr v. Marschall, welcher soeben einen Urlaub angetreten hat, werde auf seinen Posten nicht zurückkehren. Das Gerücht wird wohl aber so begründet sein, wie die neue Meldung vom Austritt des deutschen Vorkämpfers in Petersburg, die nach ihrem Austausch demontirt wurde. — Die „Arbeiter-Zeitung“ kündigt an, daß am Sonntag die Lebens- und fünfzig Arbeiterprotestversammlungen stattfinden, alle mit der Tagesordnung: 1. Der Werth des Wahlrechts für die Arbeiter. 2. Der Wahlrechtsstreik der Christlichsozialen. — Ein erster Zwischenfall hat, nach Meldungen aus Belgrad, an der serbisch-türkischen Grenze am Mittwoch stattgefunden. Zahlreiche Albanesenbanden, vereint mit nahezu 2000 regulären Truppen, griffen an der serbischen Grenze in der Nähe des Jabonitza serbische Bauern an, die lebhaften Widerstand leisteten. Der Kampf dauerte den ganzen Tag, 20 Kilometer längs der Demarkationslinie. Auf beiden Seiten waren mehrere Tode und mehrere Verwundete. Den Angreifern, die in bedeutender Ueberzahl waren, gelang es, sich dreier Abtheilungen der serbischen Grenztruppe zu bemächtigen und drei Dörfer zu plündern. Die serbischen Militärbehörden entsandten reguläre Truppen zur Vertreibung der Angreifer von serbischem Gebiet und zur Herstellung der Ruhe. — In Kamerun ist der Feldzug der Schutztruppe nach dem südlichen Binnenlande erfolgreich gewesen. Nachdem Mitte Januar die Agila-Stadt erobert war, rückte Hauptmann v. Kampp gegen den Lehnsherrn der Agila, den Sultan von Tibati, vor. Die nun im Kolonialrath verhandelt worden, ist die Eroberung von Tibati geschildert.

Frankreich.
Für den neuen Drehsusprozeß in Rennes werden neue „Heldenthaten“ von den Antisemiten geplant. Die Regierung erhielt die Mittheilung, daß die Nationalisten eine eifrige Thätigkeit entfalteten, um während des neuen Drehsusprozeßes Unruhen hervorzurufen. In Folge dessen begab sich der Chef der politischen Polizei aus Paris nach Rennes, um die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen.

England.
Der Konflikt zwischen England und Transvaal erfährt eine unnöthige Verschärfung durch die Antwort Chamberlains auf die Petition der Uitlanders. Diese Mittwoch veröffentlichte Antwort bildet eine förmliche Anklageschrift gegen die finanzielle, gerichtliche und politische Verwaltung Transvaals. Der Kapregierung wird dabei schmäht; sie mahnt von Kapstadt aus, man möge doch den „ungeheerlichen Buern Bedenkzeit lassen“ und nicht auf den Krieg hindrängen. Die Buern schießen ungeheerlich gut, das haben sie wiederholt bewiesen und der Orange-Freistaat steht hilfsbereit an ihrer Seite. Deshalb die Mahnungen zum Frieden. Ob Chamberlain und Rhodes sie beherzigen werden, steht dahin.

Transvaal.
Der Volksraad beschloß am Mittwoch, die Vorlage, betreffend das Wahlrecht anzunehmen, jedoch vor Inkraftsetzung derselben das Volk zu befragen. Der Präsident Krüger dankte dem Volksraad in einer Rede, in welcher er sagte, es seien unruhige Zeiten; er wisse nicht, was kommen werde. Die andere Seite habe kein Täpfelchen zugestanden; er habe nicht mehr zugehen können. Gott habe den Buern stets beigegeben.
Zu dem Johannesburger Verschwörungs-Prozeß wurde beschlossen, das Hauptverfahren gegen die Angeklagten zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft stellte fest, sie wolle nicht der englischen Regierung unterstellen, Mitwisser der Verschwörung gewesen zu sein.

Lübeck und Nachbargebiete.
16. Jani.
Herr August Pape ist infolge der rechtlichgegnerrischen Sonderströmung aus dem Bürgerrechtsverein

ausgetreten. Der Verein verliert an ihm nichts; immerhin ist aber dem Heiden von Schwartau die Flucht in das vaterstädtische Lager, wohin er mit Hout und Haaren gehrt, sehr leicht gemacht worden. Gleich ihm werden noch diverse Andere ihre wahre Bestimmung erkennen und zu den Fleischhauern der Maßgebenden zurückkehren, anstatt „Neben zum Fenster hinaus“ zu halten. Im Interesse der reinlichen Scheidung ist das nur freudig zu begrüßen.

Die alten Tiraden tauchen anlässlich der Wahl im Anzeigenthell der bürgerlichen Presse wieder auf. „Mehrere Wähler“ lassen z. B. den Appell an die Wähler ergehen, sich nicht beeinflussen zu lassen durch schön klingende noch zielbewusste Programmforderungen, sondern nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, die das volle Vertrauen der Wähler genießen. Als ob man nicht dieses Vertrauen genießen und es gerade durch ein gutes Programm befestigen könnte! „Mehrere Wähler“ scheinen recht bo-nirte Anschauungen zu hegen.

Rechtlichgegnere treten bei der diesjährigen Bürgerrechtswahl als vierte Partei auf. Die „Lüb. Anz.“ als Sprachrohr des Vaterstädtischen zetern darüber gewaltig, nennen das Vorgehen verfassungswidrig und haben sogar einen Beamten, Herrn Hauptlehrer Hempel, zu einer Erklärung veranlaßt, daß sein Name ohne seine Genehmigung auf den Anti-Rechtlich-Stimmzettel gesetzt sei. Wir nehmen den Vorgang nicht so tragisch, er ist lediglich ein Beweis für die unglaubliche politische Unreife, die vielfach in bürgerlichen Kreisen herrscht.

Protestversammlungen gegen die Buchhausvorlage finden am Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, wie folgt, statt in:

- Mensfeld, bei Gastwirth Sternberg:
Referent Redakteur Otto Friedrich Lübeck.
- Möding, bei Gastwirth Schreiber:
Referent Genosse Theob. Bartels Lübeck.
- Travemünde, bei Gastwirth J. R. Schmalbau:
Referent Redakteur August Kasch Lübeck.

Wir eruchen unsere Genossen an den genannten Orten, schon heute dafür zu sorgen, daß in überfüllten Versammlungen der Umwirke der Arbeiter über die Pläne der Scharmacher und Scharmacherhandlanger keinen Ausdruck findet. Kein Arbeiter darf zu Hause bleiben!

Uebersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Mai 1899. Geboren sind 202 Kinder, davon 100 männlichen, 102 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 1 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben sind 54 Personen männlichen, 69 weiblichen Geschlechts, in Summe 123. Demnach Ueberschuß an Geburten 48 resp. 33, insgesamt 79. Auf 1000 Einwohner waren 31,78 Geburten, 19,34 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 42, von 1—5 Jahren 11, bis zu 10 Jahren: 2, bis zu 15: 1, bis zu 20: 1, bis zu 30: 8, bis zu 40: 7, bis zu 50: 7, bis zu 60: 4, bis zu 70: 15, bis zu 80: 15, bis zu 90: 8, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 5, Tuberkulose in 12, Lungenerkrankung in 11, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 13, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 8, Folgen des Wochenbetts in 1, Krebs in 7, angeborene Lebensschwäche in 6, Altersschwäche in 9, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 1, Herzleiden in 3, Krämpfe in 7, Nierenleiden in 2, Wasserhucht in 0, Schlagfluß in 6, Typhus in 0, Malaria in 0, Scharlach in 1, sonstige Krankheiten in 37, unbekannt in 9 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 53, Vorstadt St. Jürgen 21, St. Lorenz 26, St. Gertrud 10, die Krankenanstalten 13.

Fener. Im Hause des Gastwirthes Kaiser in der Al. Alleejahre 23 entstand gestern Morgen gegen 3 Uhr Feuer, durch das die erste Etage erheblich beschädigt wurde. — In der Fadenburger Allee gerieth gestern gegen Mittag ein Haufen Brennholz in Brand. Hier gelang die Löschung bald.

pb. In Haft gerieth ein von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Verleumdung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt fleckbrieflich verfolgter Arbeiter.

pb. Gestohlen wurden aus einem Hause in der Holstenstraße ein seidenes Kleid und ein blaugrauer Jacketanzug.

In Fahrradsteuer sind bisher eingegangen für 2573 Räder 6 Mk. und für 317 Räder 3 Mk. Man sieht daraus, wie die „Wohlthat“ für die gewerblichen Arbeiter beschaften ist: für die Kack!

Peasivirt wird zum 1. Oktober der Bezirkschullehrer Schüler zu Niendorf.

Handelsregister. Am 15. Juni 1899 ist eingetragen: auf Blatt 2099 bei der Firma: „Linde u. Glaman“. G. Drögemüller hat erklärt, daß sie für die Verbindlichkeiten ihres künftigen Ehemannes, des Kaufmanns V. A. E. Linde, überall nicht haften wolle; auf Blatt 2122 die Firma: „D. E. H. Horstmann“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: D. Chr. H. Horstmann, Möbelfabrikant in Lübeck.

Stöckelbörse. Eine Praetleistung ersten Ranges haben unsere femmelblonden Gemeindevertreter in ihrer Sitzung am Dienstag Abend fertig gebracht. Wie die Leser sich erinnern werden, hatte der Gemeinderath am 4. November v. Jz., kurz vor den Gemeinderathswahlen, beschlossen, daß Niemand als Gemeindeglieder aufgenommen werden solle, der nicht 3 Jahre in der Gemeinde gewohnt und seine Steuern während dieser Zeit bezahlt hätte. Dadurch ward vielen Arbeitern das Wahlrecht genommen, wenn gleich der Zweck nicht erreicht wurde. Nun hatte jetzt der Vorsitzende des hiesigen Militärvereins, Herr Schoof aus Lübeck, welcher thatsächlich nicht einmal in Stöckelbörse wohnt, ein Gesuch eingereicht, in dem er beantragte, ihn als Gemeindeglieder anzuerkennen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit — weshalb dies geschah, ist unschwer zu errathen — wurde dem Gesuche entsprochen. Herr Schoof wurde dann mit 11 gegen 6 Stimmen zum Gemeindevorsteher

gewählt. Die bürgerliche Blätter melden, ist gegen die Wahl sofort Protest eingelegt worden, der voraussichtlich erfolgreich sein wird. Die Arbeiter aber müßten aus diesem Vorgange lernen. Der Gemeinderath kann sie, will anders er gerecht handeln, in Zukunft nicht mehr zurückweisen, er muß sie in die Listen aufnehmen, wenn sie es verlangen. Das Jahr 1900 wird ihnen Gelegenheit geben, zu sichten. Es ist hohe Zeit, daß andere Leute in das Gemeindeparlament kommen.

Hamburg. Wegen Polizeibeleidigung wurde Genosse Bürger in der Berufungsinstanz zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Er hatte aus Anlaß des Hinderstreiks der Polizeibehörde den Vorwurf gemacht, auch sie boykottire.

Schwerin. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der aus Schlagsdorf gebürtige Knecht Johann Niemann von der Strafkammer zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängniß verurtheilt. Er hatte in der Deutestube über den Großherzog und den Herzog-Regenten beleidigende Äußerungen gethan unter Berufung auf seine Eigenschaft als Streikler.

Aus Nah und Fern.

Von einem entsetzlichen Schiffunglück wird der „Voss, Sig.“ aus Albedalbe geschrieben: Das englische Dampfschiff „Voch Sloy“ fuhr am 24. April früh 6 Uhr gegen eine „die Bröder“ genannte Klippe, unfern der

Känguruh-Insel. Das Wasser drang unaufhaltbar durch das entstandene große Loch, und nun begann ein Kampf der Mannschaft mit dem nassen Element auf Leben und Tod. Die Boote erwiesen sich als unbrauchbar, und die gefährlichen Wellen holten einen nach dem andern vom Brack herunter. Von der aus 28 Mann bestehenden Besatzung sanken 25, von den 6 Passagieren 5 in die Tiefe; 4 der Schiffbrüchigen wurden an das Land gespült. Anfang Mai langte einer der Schiffbrüchigen in völlig erschöpftem Zustande bei einem Küstler, May, in der Nähe von Kap Wörba auf Australien an. Dieser sandte seinen Sohn Georg sofort nach dem 30 km. entfernten Leuchthurm, um Hilfe zu holen. Der Knabe aber verirrete sich im dichten Scrub und kam erst nach 24 Stunden halbtodt an sein Ziel. Man wurde sofort über kleine Dampfer „Euro“ abgefaßt, um nach den übrigen drei Schiffbrüchigen an der Küste entlang zu suchen, auch Küstler machten sich mit schwarzen Pfadfindern auf, um im Busch vielleicht ihre Spuren zu entdecken. Am 9. Mai nun fand man zwei; sie ähnelten kaum noch menschlichen Wesen, so hatten Hunger und Todesangst sie entstellt. Der Busch hatte ihnen die Kleider völlig vom Leibe gerissen, sie waren weder fähig zu stehen noch zu sprechen. Der Letzte ist noch nicht gefunden, er wird entweder todt oder wahnsinnig sein. Ueberhaupt ist selten eine Zeit so reich an Schiffsunfällen gewesen, wie die jüngste: noch ist der furchtbare Orkan an der Nordküste von Australien in frischer Erinnerung, der 131 Menschenleben kostete. Mit ihm hing wohl auch jene Klippe zusammen, die die Marschallsinseln jüngst heimsuchte. In 40 Fuß Höhe brauste die Fluth heran und überflutete ganze Gruppen, wie die Gilbert- und Elkinsinseln, völlig; auch Neu-Irland hat sehr

gelitten, und selbst auf den Carolinen machte sich die Springfluth bemerkbar.

Quittung.

Für die ausgelassenen Dänen gingen ein:
 Bisher quittirt 1080,70 Mk.
 Vom Hafen durch J. S. 4,95 „
 Summa 1085,65 Mk.
 Davon bisher abgefaßt 1020,15 Mk.
 Bleibt Bestand 65,50 Mk.
 Weitere Gelder nimmt entgegen:
 Redaktion des „Lübecker Volksboten“
 Johannisstraße 50.

Streichholz-Biehmarkt.

Hamburg, 15. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugelöhrt wurden 300 Stück. Preise: Verlandsschweine, schwer 40-48 Mk., leicht 49-50 Mk., Sauen 40-44 Mk. und Ferkel 48-49 Mk. pr. 100 Pfd.

Tivoli-Theater. Aus dem Theaterbureau erhalten wir die Mittheilung, daß zu Sonntag als Doppelvorstellung die Aderliche Kasse „Lumpaci Bagabundus“ oder „Das Aderliche Kleeblatt“, hierauf „Preziosa“ von Hans Alexander Hoff, Musik von Carl Maria von Weber in Aussicht genommen ist. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um ein volles Haus versprechen zu können. Für nächsten Donnerstag ist eine Uraufführung des brasilianischen Schwanen „Der Schwanen“ definitiv festgesetzt. Zum Verfasser hat der Schwant eine hiesige in literarischen Kreisen bereits bekannte Lübecker Persönlichkeit, Herrn R u s e.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt einer Tochter wurden hochverehrt
G. Dühring u. Frau, geb. Stegemann.

Zum 1. Juli eine große Parterrestube mit Keller nach vorne zu vermieten. Zu besichtigen von 12-2 Uhr und Abends nach 7 Uhr Mengstraße 68, bei Langwig.

Gesucht zum 1. Octbr. eine Wohnung für ruhige Leute im Preise von 140-180 Mk. Offerten unter **D O** an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine saubere Frau bei einer Wäckerin Kayeburger Allee 25 a.

Gesucht zum 1. August ein ordentl. jung. Mädchen für häusliche Arbeit und bei Kindern. Untertrave 53. **Wih. Menschel.**

Zum 1. August ein Bursche beim Milchwagen. **O. Ausborn,** Genin.

Züchtige Malergehilfen finden dauernde Beschäftigung. **H. Münsig,** Karlsruferstraße 24.

Eine österr. Blechemballagen- u. Blechplafastfabrik sucht einen routinirten **Stanzverfertiger**

der event. andere Arbeiter beaufsichtigen und unterweisen könnte.

Bei Entprechung stabiler Posten. Gest. Anerbietungen mit Angabe der Ansprüche erbeten sub „**Blechballagenfabrik**“ an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht eine Gangbude oder ein kleines Haus vor'm Holstenhor. Offerten mit Preisangabe unter **R** an die Exped. d. Bl.

Eine gut erhaltene Singer-Trittmahmaschine billig zu verkaufen **Bönigstraße 98.**

Große 7 Bogen alte Ferkel zu verkaufen **Schönlampstraße 14, Burgthor.**

Eine zweifelhäufige Bettstelle mit Sprungfedermatratze ist für 8 Mk. zu verkaufen **Schönlampstraße 24, 1 Treppe, im Flügel.**

Zu verkaufen eine schöne Gartenbank. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Empfehle meinen Rasir-, Frisir- u. Paar-schneidesealon. **J. Heuer,** Friseur, Bönigstraße 24.

Kaufe ausgekämmte Haare zu den höchsten Preisen.

Gute Cigarren, 100 Stück 2,90 Mk. **Johannisstr. 17-19.**

Nach neuester Methode geröstete **Coffee's** per Pfd. 80, 100, 120, 140 und 160 Pfg. alle Sorten hervorragend im Geschmack empfiehlt stets frisch **Ferd. Schreiber** 20 Langer Lohberg 20.

Französische u. Magnum bonum **Kartoffeln** en gros und sakweise, sehr billig. **Emil Hass,** Mühlenstr. 67.

Wirklich starke Sommer-Jackets und Hosen sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben und Leinwandwaren empfiehlt **Carl Herm. Mich. Stave** 4 Weiter Krambuden 4, zwischen Markt und Marienkirche. Gegründet 1821.

Vorzügliche Coffee's von 0,80 bis 1,00 Mk. empfiehlt **Gustav Glöde** Karlsruferstr. 20, Ecke Teichstr.

Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 9
 Butterhandlung „Zur Krone“
 Markt 9
 Breitestraße 70.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Sonnabend dem 17. d. Mts. Abends präcise 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Liebscher-Hamburg.
 2. Kartellbericht.
 3. Besprechung eines Sommer-Vergnügens.
 4. Fragekasten. Verschiedenes.
 Kollegen, die sich am Ausflug der Hamburger Kollegen am 18. d. Mts. betheiligen wollen, können Karten in der Versammlung in Empfang nehmen.
Die Ortsverwaltung.

Empfehlungs-Karten liefert prompt und sauber **Die Druckerei des Lüb. Volksboten.**
Schweizer Käse, thüring. reich, Pfd. 60 Pf.
Marsch-Käse pikant und fett, Pfd. 30 Pf.
Tilsiter Vollfett Pfd. 60 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Meierei-Butter feinstes Produkt empfiehlt **Butterhandlung „Zur Krone“** Markt 9. Breitestr. 70.

Empfehle: **Prima fr. dänisches Rindfleisch** sowie hiesiges Kalb- und Schweinefleisch Sonnabend Morgen und Abend in der Markthalle, Stand 34 u. 35. **F. Block.**

Alle kleinen Anzeigen deren Aufgeber unbekannt bleiben wollen, wie beispielsweise bei: Stellengesuchen u. Angeboten An- und Verkäufen Vermietungen Verpachtungen Capitalgesuchen u. Angeboten etc. etc. **übernimmt unter strengster Discretion zum billigsten Preis in die für die betreffenden Zwecke jeweils bestgeeigneten Zeitungen die Centr.-Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co.***
 Die unter Chiffre G. L. Daube & Co. einlaufenden Offertbriefe werden am Tage des Eingangs den Inserenten zugesandt. **Bureau in Hamburg: Alter Wall 36.**

Ausverkauf! Wegen Verlegung des Geschäfts nach **Alte-Strasse 30** verlaufe, um mein Lager möglichst bis 1. Juli zu räumen:
Stickeren, bestes Fabrikat, sonst Mtr. 10 Pfg., jetzt nur 8 Pfg., **Stickeren,** bestes Fabrikat, sonst Mtr. 20 Pfg., jetzt nur 15 Pfg., **Stickeren,** breite Muster, sonst Mtr. 35 Pfg., jetzt nur 25 Pfg., ganze **Stücke,** 4 1/2 Mtr., berechnete noch billiger, **Tüllspinn** ebenfalls 15% herabgesetzt. **Großes Lager in Halstrüchen,** sonst Mtr. 15 Pfg., jetzt nur 10 Pfg., sonst 20 Pfg., jetzt 15 Pfg., sonst 35 Pfg., jetzt nur 25 Pfg. Eine Partie **weiße Danstüchlein** u. **Tändelschürzen,** keine zurückgesetzte Waare, sehr billig. **Farbiges Atlasband,** Mtr. von 6 Pfg. an, **Schäpenband,** ganzes Meter nur 48 Pfg. **„Zum billigen Laden“**, **Büchstraße 26.**

Photographie. Billiger wie jede Concurrenz! Meine Preise sind von heute ab:
Visit-Bilder das Dtzd. 4,50 Mk.
Cab.-Bilder das Dtzd. 12 Mk.
Familien-, sowie Vereins-Gruppenbilder in tabelloser Ausführung zu ganz enorm billigen Preisen.

M. Heber Photograph. Atelier **Klingenberg 8/9.**
J. Meiereibutter, stets frisch, empfiehlt **Frommhagen, Wühlstraße 81.**

Glückslose zur 1. Classe **316. Hamburger Staats-Lotterie** Ziehung: 21. Juni 1899 empfiehlt **Paul Würzburg** Lübeck, Markt 14. Fernsprecher 274.

Lustfahrt per Dampfer „**Pollux**“ am Sonntag den 4. Juni (ab Travelpavillon) 2.00 Nachmittags Lübeck Travemünde, in See und zurück.
Tivoli-Theater. Sonnabend den 17. Juni. **Zweite große Schiller-Vorstellung. Wilhelm Tell.** Für Erwachsene dieselben Preise. Loge und Parquet 50 Pfg., 1. Pl. 30 Pfg. Part. 20 Pfg. Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Ein Fürst von Gottesgnaden.

Der Fürst Honorius Albert, Selbstherrlicher von Monaco, ist in Berlin als Gast des Kaisers gewesen, ist durch die offizielle Theilnahme des deutschen Votivcharters, Grafen Münster, an der Einweihung des Oceanographischen Museums am 27. April 1899 ausgezeichnet worden. Das Patronat (die Schutzherrnwürde) über diese Anstalt ist dem deutschen Kaiser angeboten und von ihm bekanntlich angenommen worden.

Monaco ist, wie alle Welt weiß, die Hochburg des Hazardspiels, eine internationale Spielhölle, in den Händen einer Aktiengesellschaft, die aus ihrem Gewinne den Fürsten Honorius Albert von Monaco unterhält.

An „Meister“ fehlt es nicht in Alberts Monte-Carabios. Die haute saison, die große Saison, die in diesem Städtchen der Halbwelt, der eleganten Nichtstuer, des weltbürgerlichen Lumpenproletariats, 1899 mit Anfang Januar einsetzt, verzögert sich um einige Wochen. „So kam es“, erzählt ein Gewährsmann der „Mona. Zeitung“, „daß Ende Januar die Ergebnisse der gemauerten Fische um eine Million gegen das Vorjahr zurückblieben. Neugierig befragt innen die ständigen Spielbankdirektoren auf neue wirksamere Mittel, um den Ausfall wieder wegzumachen. Die dem Grubeln verbannt die neue Schöpfung Cercle prive (Privatklub) oder besser des Nachspielkaales seine Entdeckung. Man verlegte die allen Besuchern so wohlbekannten Salons de lecture et de conversation (Les- und Konversationsaal) aus der ersten Etage des Kasinohauses nach dem entlegenen Monte Carlo Hotel, nahm der Spielhölle damit den letzten Rest von dem Charakter eines Konversationshauses und entblüdete sich nicht, hier die Spielstunden, die in den großen Partieräumen von 12 Uhr Mittags bis 11 Uhr Abends währen, bis zum grauen Morgen auszubehnen. Zur Ausnahme in diesen Nachmittagsstunden gelangten nur Herren, und zwar nur dann, wenn sie ihre Angehörigkeit zu einem Klub in der Heimath erweisen können. Wie sehr diese Bestimmung indessen eitel ist, bewies der Umstand, daß mein ostbairischer Freund, den trotz großer Spielverluste der Humor nicht verließ, dem stofffranzösischen Aufnahmebeamten mit Erfolg seine Mitgliedschaft eines Vereines gegen Bethelei angab.“ Obwohl die Verhandlungen der Hauptversammlung dieser Aktiengesellschaft, zu der nur die Inhaber von mindestens 200 Aktien Zutritt erhielten, streng geheim geführt wurden, sind doch, so schreibt die „Mona. Zeitung“, einige Einzelheiten des sauberen Geschäftsbetriebes für das letzte Geschäftsjahr, der ein Phänomen auf dem Gebiete der Finanz- und Sittengeschichte unserer Zeit ist, an die Öffentlichkeit gelangt.

Danach stellte sich der gesammte Reingewinn aus den Spielstunden im letzten Jahre auf 21.500.000 Franken (19.500.000 Mk.); außerdem brachte das zur Spielbank gehörige Hotel und Cafe de Paris einen Erlös von 600.000 Franken (480.000 Mk.). Der gegenwärtige Kurs, der seiner Zeit mit 500 Franken (400 Mk.) ausgegebenen Aktien beträgt jetzt 4300 Franken (3440 Mk.).

Fürst Albert von Monaco ist der glückliche Besitzer von 1600 dieser Aktienstücke. Außer einer Dividende von einer halben Million Franken (400.000 Mk.) erhält der Fürst für die Erneuerung der Spielbankkonzession auf fernere fünfzig Jahre eine einmalige Abschlagssumme von 25 Millionen Franken (20 Millionen Mk.) und eine feste Jahresrente von zwei Millionen Franken (1.600.000 Mk.). Zudem bestreitet die Spielbank mit einem ungeheuren Gebäudefwand die gesammten Regierungs- und Verwaltungskosten des Fürstenthums. Sie erhält die Schulen und auch den Bischof mit seiner zahlreichen Geistlichkeit, sorgt für Licht und Wasser, baut herrliche Straßen und Promenaden und besoldet die monacogastliche Armee, d. h. jene 70 im Wohlleben erschlafften soldatischen Bierpuppen, die den ansehnlichen Tagelohn

von 5 Franken beziehen. Die glücklichen Bürger von Monaco, die gänzlich steuerfrei ein wahres Schlaraffenleben führen, hängen mit jährllicher Liebe an ihrem teuren Landesherrn. Dieser erlaubt ihnen, um sie vor schwerem Leid zu bewahren, nur an seinem Namenstag den Eintritt in die Spielhölle. Wie gern auch die wackeren Monacogast dann Fortuna in die Schranken fordern, sah man am letzten Albertstage, an dem sie in solchen Scharen in die Spielhölle strömten, daß diese wegen einer besorgniserregenden Menschenfülle schon um 3 Uhr Nachmittags geräumt werden mußten.

Obwohl Monaco in der Reihe der europäischen Monarchien nur ein Villiput ist, zählt Fürst Albert zu den reichsten Regenten. Seine Vorfahren vermehrten den gemauerten Staatsschatz durch ihre an Heitz grenzende Sparfamelei um ein bedeutendes und die derzeitige Fürstin Alice, ein Zwillingsbrüder der Kaiserin Elisabeth, brachte ihm die ansehnliche Mitgift von 10 Millionen Franken (8 Mill. Mk.) in die Ehe. Um so weniger ist es verständlich, daß der fürstliche Gelehrte nicht in Zukunft auf die „Fortunemahnpromenade“ (das mit unanberrlichen Mitteln erworbene) verzichtete, vielmehr den im Vorjahre abgelaufenen Vertrag mit der Spielbank auf weitere 50 Jahre verlängern konnte.

Die „Mona. Zeitung“ kennzeichnet die Stammgäste der Spielhölle, die Millionäre, die Hochstapler, die Abenteuerer, und sagt zum Schluß: „Die Kardinalität und der Glanz der Spielbank ist aber die Thatsache, daß sie immerwährend und tief in das Lebensglück des an der Riviera lebenden Mittelstandes einschneidet, den sie wie ein unerlöschliches, tausendarmiger Polyp umklammert hält und aussaugt. Ohne Strauß löst Fürst Albert die immer erworbenen Grodchen dieser kleinen Leute in seinen Staatskassen, und der Spielbankentwurf durch die abfälligen Kritiken aller geistlichen Länder thut seinem verletzten Gemüth nicht mehr wehe. So vererbte sich das Bösen der alten Grimaldi, die che damals die geistlichen Seeräuber, der Schrecken der ligurischen Maste waren, in einer der Neuzeit angepaßten Form auf ihren heutigen Erben; denn, wie immer die Spielregeln von Monte Carlo auf den ersten Blick billig erscheinen mögen, nach dem eifrigen Geheiß der Hebermacht des größeren über das kleinere Spielkapital ist der Spielmodus von Monaco nichts weiter als eine moderne Piraterie eine Ausbeutung gewöhnlichster Art.“

Soziales und Parteileben.

Die Aussperrung der Maurer in Berlin hat bereits Dienstag Abend begonnen. Es wurden auf 57 Bauten etwa 1100 Arbeiter abgelohnt und in aller Form entlassen. Am Laufe des Mittwoch Vormittag ist die Zahl der Entlassenen auf 2500 gestiegen. Auf vielen Bauten ruht die Arbeit vollständig. Die lokalorganisirten Maurer hielten Dienstag Abend eine Versammlung und faßten folgende Resolution: „Die Versammlung sieht der Aussperrung durch die Arbeitgeber mit Mitleid entgegen und verspricht, einmal gefasste Beschlüsse durchzuführen. Die Arbeit auf den gesperrten Bauten wird nur dann aufgenommen, wenn annehmbare Vermittelungsvorschläge von der Arbeitgeberkommission den Gesellen gemacht werden, in der Weise, daß der Arbeitgeber, sowie die Gesellen dabei befriedigt werden.“

Ein Antrag, falls die Unternehmer die Aussperrung bis zum 17. Juni nicht aufgehoben haben, sei als Antwort ein Stundenlohn von 70 Pfennigen und die achtstündige Arbeitszeit zu fordern, wurde abgelehnt.

Der spanische sozialistische Parteitag, der im September in Madrid zusammenzutreten.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Generalstreik der Maurer in Straßburg ist nach sechswöchentlicher Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Es wurde eine

Verlängerung der Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 38 Pf. erzielt. Die Arbeiter von Aumburg sind in den Streik eingetreten, nachdem die Annahme des Lohnarfs abgelehnt hat. Vom Beschluß der Annahme sollen 30 Pf. Minimallohn bezahlt werden, ein Lohn, der jetzt schon über all bezahlt wird, theilweise schon ein bedeutend höherer. Gefordert wird u. A. zehnstündige Arbeitszeit, Minimallohn von 38 Pf. pro Stunde und Abschaffung der Alfordarbeit. Zugung ist strengstens fernzubalten. Die Frankfurter Zimmerer haben erhöhte Lohnforderungen an die Meister und Unternehmer gestellt. Sie verlangen bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Mindeststundenlohn von 50 Pf., für Gesellen unter 20 Jahren von 45 Pf., Ueberstunden und Nacharbeit mit 10 Pf. stündlichem Zuschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie die Arbeit in gesundheitschädlichen Betrieben, (chemischen Fabriken etc.) mit doppeltem Lohn, Arbeit auf dem Lande mit 10 Pf. stündlichem Zuschlag und Nachfahrtslohn bezahlt werden. Die Gesellen erwarten den Weichheit auf ihre Forderungen bis zum 19. Juni. Ihr bisheriger Lohnsatz betrug 45 Pf. stündlich.

Genosse Schippel schreibt der „Sächsischen Arbeiterzeitung“:

Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ fordert mich in aller Formlichkeit zu einer Erklärung auf, „ob ich wirklich die Bewegung des Marxismus gegen „Heerwesen und Kolonialpolitik“ als „kleinbürgerlichen Sozialismus“ bezeichne, und ob ich „Heerwesen und Kolonialpolitik“ zu den höheren Gütern rechne, die die Sozialdemokratie, wenn sie ausschlaggebende Partei geworden ist, mit zu verteidigen habe.“

Ich finde diese Art Frage- und Antwortspiel - auf Grund eines Zeitungsberichtes, der sich selber als Mischung von objektiver Referat und subjektiver Schlussfolgerung gibt - zwar etwas sonderbar. Indes auf eine sicher nur freundschaftlich gemeinte Einladung keine unfreundliche Ablehnung. Ich stelle also gern fest, daß ich den „Marxismus“ um so weniger in Verdacht kleinbürgerlicher Gemerkschaft gegen Heerwesen und Kolonialpolitik haben kann, als ich mich ja neuerdings mehrfach mit dem Nachweis abgemüht habe, daß Engels die kleinbürgerliche preussische Militärpolitik nicht genug verhöhnen und verspotten konnte, und als von anderer Seite gezeigt worden ist, daß Marx zeitweilig wie von der Kriegstarantel gestochen war und zwar zum Theil um wie wir heute sagen würden - „überseelischer“ Interessen willen. Von „Marxismus“, kleinbürgerlichen „Sozialismus“ habe ich an dem Vereinsabend (es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit überhaupt nur um eine gelegentliche Bemerkung in der Diskussion) gar nicht gesprochen, sondern lediglich von der Stellung der großen Industrie und des kleinen Bürgertums zu den Fragen der auswärtigen und vor allem der Expansionspolitik. Daß ich über das Heerwesen anders denke, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“, mag sein. Aber daß ich es kaum zu den „höheren Gütern“ rechnen werde, konnte sich am Ende die „Sächsische Arbeiterzeitung“ ohne feierliche Anfrage selbst sagen.

Die Rixenaussperrung in Dänemark. In deropenhagener Stadtverordnetenversammlung wurde Montag folgende Interpellation angemeldet:

„Welche Schritte gedenkt der Magistrat vorzuschlagen, um Abhilfe zu schaffen oder den durch die stattfindende Aussperrung eingetretenen oder drohenden Folgen vorzubeugen?“

Diese Interpellation ist von der liberalen Partei gestellt worden und bezweckt, den Kommunalrath zum Eingreifen aufzufordern, um ruhige Verhältnisse zu schaffen, oder doch die Kommmune so viel als möglich vor den unglücklichen Folgen der Aussperrung zu schützen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden selbstredend regen Antheil an der Debatte nehmen, und können wir nur

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(41. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Herr Thaddäus war eine elastische Natur, er wußte sich in jeden Ton zu finden. „Ganz kurz und präzis“, sagte er. Vermögensstand: Horkowka, Drinkowce, Kossow. Völlig schuldenfreier Besitz. Gegenwärtiger Werth: etwa eine halbe Million Gulden Konventions-Münze. Sonstiges Vermögen in besten Wechseln und Papieren einmahlunderttausend Gulden.“

„Gut - und die Bedingungen?“
„Das Gut Kossow sofort. Inhabungsberechtigt beiden Gatten gemeinsam. Nach dem Tode des Alten: Horkowka, Inhabungsberechtigt der Gräfin. Das Gut Drinkowce und das bewegliche Vermögen dienen zur Versorgung...“ Herr Thaddäus stockte.

„Für Versorgung des Kindes erster Ehe“, ergänzte Herr Hajek ruhigen Tones. „Hören Sie nun auch meine Bedingungen! Bezüglich Kossow und Horkowka völlig einverstanden. Gingenen wird der junge Graf einzig aus dem beweglichen Vermögen versorgt und Drinkowce wird mir persönlich verschrieben, mir allein. Es verbleibt mir, gleichviel ob die Ehe kinderlos bleibt oder nicht, auch im Falle der Scheidung.“

„Um, der alte Bogdan ist auch ein schlauer Fuchs!“

„Beweisfe ich nicht im Geringsten. Wer ich bin auch nicht von gestern. Wann kann ich Antwort haben.“

„Morgen Mittag... Aber wollen wir nicht jetzt noch einen Schluck Tokajer trinken?“

„Nein, jetzt nicht. Adieu!“

Herr Thaddäus blickte ihm mit ehrfurchtsvollem Staunen nach. „Wff“, sagte er endlich, tief aufathmend und im Tone tiefster Bewunderung. „Der Advokat hat nicht zu

viel gesagt. Welch' ein Schurke, Welch' ein beispielloser Schurke!“ Und dann elkte er in die Villa des Herrn Bogdan v. Antoniewicz.

„Am nächsten Tage, Mittags 12 Uhr, fand er sich bei Herrn Hajek ein. „Ich gratulire!“ rief er schon in der Thür.

„Acceptirt Herr v. Antoniewicz meine Bedingungen?“

„Völlig - bis auf Drinkowce. Es thut ihm sehr leid, aber sein Entschessen...“

„Dann thut es auch mir leid! Leben Sie wohl, Herr v. Bazanski! Ich reise heute Abend ab!“

„Wohin?“

„Das ist mir ziemlich gleichgültig. Wohin eben eine Post geht.“

„Aber so warten Sie doch bis morgen! Ich will noch einmal mit Herrn v. Antoniewicz sprechen.“

„Gut - bis morgen zwölf Uhr.“

Herr Thaddäus ging voll Behmuth, ein Vermittlerlohn war da nicht in Aussicht. Er war fest überzeugt, daß Bogdan nicht nachgeben würde. Aber es kam anders, als er geglaubt. Zunächst sprach sich Gräfin Wanda für den Bewerber aus: „Er ist hübsch, passabel jung, hat seine Manieren, und ist gesetzlich genug, um mich durch kein Vorurtheil zu belästigen!“

„Nehulich äußerte sich Herr Bogdan: „Dieser Mensch hat die feste Hand, welche die Güter brauchen.“

Ob er nun Drinkowce hat oder nicht, es liegt in seinem Vortheil, sich mit uns zu vertragen. Ich bin ein alter Mann, ich kann nicht warten, bis sich ein gleich großer Esel findet, wie der Graf war. Ich zöge vielleicht noch immer einen ehrlichen Esel vor, aber deshalb darf ich den geschiedten Schurken nicht abweisen. Uns wird er nicht betrügen - dafür werde ich sorgen!“

Am nächsten Morgen stürzte Herr Thaddäus freudestrahlend in das Zimmer des Mandatars. „Nun kann ich wirklich und vom Herzen gratuliren“, rief er, „Sie bekommen Drinkowce!“

„Schön“, erwiderte Herr Hajek ruhig. „Ich kleide mich sofort an, um meinem künftigen Schwiegervater und meiner Braut meine respektable Aufwartung zu machen. Noch Eins, Herr Thaddäus, Sie werden vorläufig reinen Mund halten! Es ist mir nämlich angenehmer, wenn ich noch einige Tage hindurch von Dem und Jenen für einen Ehrenmann gehalten werde!“

„Ach, wie Sie scherzen!“ rief Herr von Bazanski und ging, die merkwürdige Confederatta schwingend, unter herzlichem Lachen ab. Vor der Thür nahm sein Gesicht wieder jenen Ausdruck ehrfurchtsvollsten Staunens an. „D, Welch' ein Schurke“, murmelte er, „Welch' ein beispielloser Schurke!“

Der Besuch, den Herr Hajek unmittelbar nach dieser Unterredung in der Villa Antoniewicz machte, verlief sehr rührend. Besonders war jener Moment sehr ergreifend, da der Liebende zuerst einen Kuß auf die Stirn seiner Braut drückte, während Herr Bogdan und Frau Antonia daneben standen, mit den Tischtüchern eifrig über ihre trockenen Augen fuhren und gerührt dazu kispelten: „Seid glücklich, Kinder, so glücklich, wie wir mit einander waren!“

Als der Mandatar heimkam, fand er eine Karte des Kreisauptmanns auf dem Tische liegen. „Besuchen Sie mich gütigst sofort in meiner Wohnung, ich habe Ihnen Wichtiges mitzutheilen.“ Er las die Worte mit Staunen und nicht ohne Erregung. Die Würfel waren gefallen, er war versorgt und hatte, wenn er sich vorsichtig in Kolomea hielt, von Taras nichts zu befürchten. Dennoch zitterte die Hand, mit der er die Karte hielt. Wie, wenn Taras bereits gefangen wäre! Wenn er vergeblich das Opfer gebracht hätte, sich von einer Dame, wie Frau Wanda, als ihren „geliebten Bräutigam“ begrüßen zu lassen?! Gleichviel, ein Rücktritt war unmöglich, schon die Verhandlungen hatten ihn völlig in die Hände dieser Menschen gegeben!...

damit zufrieden sein, daß die Leute, welche außerhalb der kämpfenden Reihen stehen, die Sache zur Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung bringen, wodurch die Frage nicht den Charakter eines Plünderes, sondern einer Bitte von Seiten der Arbeiter annimmt, sondern eine Aufforderung ist an den Kommunalrath, den Bürgern der Stadt gegenüber seine Pflicht zu thun.

Die Beschwerdetheilen, worunter die Stadt in Folge der Ausperrung leidet, sind verschiedener Art. Da wir kaum im Stande sein dürften, die kolossalen Geldmittel zu beschaffen, welche zur Unterstützung der Ausgesperrten bedürfen, werden viele von diesen genöthigt sein, sich an die Kommune um Hilfe zu wenden. Wenn die Hauswirthe die Ausgesperrten demüthigt aus ihren Wohnungen werfen, weil die Hausmiete nicht gezahlt wird, muß die Kommune ihnen Unterkunft verschaffen. Ein großer Theil kommunaler Vorkosten und Straßenaufgaben liegen still, darunter unser neues Rathhaus und unser neues Altersversorgungshaus, weil die Unternehmer ihre Arbeiter auf die Straße geworfen haben. Hinzu kommt noch, daß die Ausperrung, wenn sie lange dauert, sehr leicht Hungerrevolten veranlassen kann, welche die kommunalen Behörden selbstverständlich zu verhindern verpflichtet sind, soweit es in ihren Kräften steht.

Schon in der Montag-Sitzung der Stadtverordneten machten die Vertreter unserer Partei darauf aufmerksam, daß die Kommune selbst die kommunalen Arbeiten ausführen sollte. Diesen Standpunkt werden wir auch nächsten Montag vertreten, wenn die Debatte über die Interpellation stattfindet.

In unserer benachbarten Kommune Friedrichsberg, in dessen Stadtverordneten-Versammlung die Sozialdemokratie ebenfalls vertreten ist, hat der Rath beschlossen, ein größeres Säug- und Kloakenwerk von der Kommune selbst mit Hilfe der ausgesperrten Arbeiter ausführen zu lassen, obgleich diese Arbeit an einen Unternehmer vergeben war, welcher mittlerweile an der Ausperrung theilnahm.

Der Arbeitgeberverein setzt seinen ökonomischen Krieg fort gegen diejenigen Arbeitgeber, welche außerhalb der Ausperrung standen. Diese werden theils dadurch gezwungen, daß sie keine Materialien erhalten können, theils dadurch, daß die Mitglieder des Arbeitgebervereins alle Geschäftsverbindungen mit ihnen abbrechen, sie von den öffentlichen Arbeiten ausschließen u. s. w. Die Folge ist, daß sie gezwungen werden, sich in den Arbeitgeberverein aufnehmen zu lassen und ihre Arbeiten auf die Straße zu werfen. Deshalb nimmt die Ausperrung einen immer größeren Umfang an.

Die Erbitterung gegen den Arbeitgeberverein wegen seiner offiziellen Aufforderung an die ausländischen Arbeitgeber, ebenfalls zur Ausperrung der dänischen Arbeiter beitragen zu wollen, findet nicht allein ihren Ausdruck in der sozialdemokratischen, sondern auch in der kapitalistischen Presse. Eines dieser Blätter schrieb beispielsweise, daß der Vorstand des Arbeitgebervereins in Zukunft seinen Landsleuten nicht in die Augen sehen könne. Ein anderes Blatt führte aus, daß unter dem griechisch-türkischen Krieg eine Masse Griechen freiwillig in Konstantinopel lebten, und es sagte hinzu, daß der dänische Arbeitgeberverein weit unter den Türken stände, indem er nicht allein die dänischen Arbeiter aushungert, sondern auch die ausländischen Arbeitgeber dazu auffordert, dasselbe zu thun.

Die öffentliche Meinung ist also wie bisher auf unserer Seite, wogegen die ökonomische Macht sich auf Seiten unserer Gegner befindet. Wir ersuchen deshalb unsere Genossen im Auslande, uns auch weiter auf das Kräftigste zu unterstützen.

Mit brüderlichem Gruß

W. Knudsen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Das fiskalische Moor Augustendorf bei Bremerbrücke, 8000 Morgen größtentheils Waldbestand, steht seit Mittwoch in Flammen. Bisher (8 Uhr

Erwartungsvoll trat er den Gang an. Herr von Bauer empfing ihn mit vieler Freundlichkeit. Er gehörte zu jener, namentlich im Vormärz häufigen Gattung von Beamten, welche die Grobheit als eine Art Amtstracht betrachteten, die sie beim Eintritt in's Bureau umhängen, beim Austritt ablegen. Diesmal, in seiner Wohnung, war der Kreishauptmann ganz menschlich, ja besonders zuvorkommend, weil ihm noch dunkel in Erinnerung war, daß er am Montag von jener Amtstracht besonders imponirenden Gebrauch gemacht hatte. „Sehr angenehm“, versicherte er Herrn Hajel und schüttelte ihm die Hand. „Habe Wichtiges mitzutheilen, was Sie erfreuen wird.“ Er hob bedeutungsvoll den Finger. „Höchst Erfreuliches.“

„Ist Taras gefangen?“ fragte der Mandatar. „Gefangen? Ei, wo denken Sie hin! Wer sollte ihn denn gefangen haben?! . . . Aber, hören Sie, heute war, wie Sie wissen, Gerichtstag, da kamen viele Gutsbesitzer und Mandatare, und Jeder wußte etwas Neues von dem Taras zu berichten. Darin stimmten Alle überein, daß er höchst gefährlich ist, weil er vielen Zulauf hat und die Bauern überall ganz begeistert für ihn sind. Es ist zweifellos“, versicherten wir Alle, daß er das Castell von Zulawce Sonntag Nachts überfallen wird, und wenn ihn der Mandatar Hajel in die Hände fällt, so setzen wir auf das Leben dieses Mannes keinen Pfifferling.“ Er hob abermals den Finger. „Keinen Pfifferling! Nun, was sagen Sie dazu?“

Der Mandatar war gefaßt. „Wichtig ist es, aber erfreulich doch eigentlich nicht!“

„Nein, das Erfreuliche kommt ja erst, nämlich für Sie, aber nicht für mich! Ich halte gerne Ordnung im Amte, id est: die Sache wird nach der Nummer des Einlaufs erledigt.“ Er senkte tief auf. „Diesmal ist es nicht durchführbar. Ich berief das Rathscollodium und wir faßten den Beschluß: Ihre Anzeige wird nicht bloß als dringlich behandelt, sondern geradezu als res extraordinaria! Also pro primo: Delegatio Commissarii erfolgt bereits am nächsten Dienstag. Derselbe wird in Zulawce den Wortlaut

abends) waren 600 Morgen ausgebrannt. In Schmargendorf bei Berlin versuchte die geschiedene Frau Buchwald aus Schöneberg die Waise ihres Verlebten, des Verichtschreibers Gustav Bohn, zu erziehen, um sich die Möglichkeit zu schaffen, ihren Liebhaber heirathen zu können. Die Verleugungen der Frau Bohn sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich. Bohn und seine Geliebte sind verhaftet worden. In einem Fabrikessel erstickt ist in Köpenick ein Angestellter der chemischen Fabrik von Dr. Goldschmidt u. Comp. Der neunzehnjährige Schlossergeselle Max Flugbeil hatte von dem Werkmeister den Auftrag erhalten, einen Autoklaven, das ist ein mit Mithrilverföhener Kessel, der dazu bestimmt ist, die Einwirkung von Kohlenoxydgas auf Nephtron zu ermöglichen, zu repariren. Flugbeil trock zu diesem Zwecke in den Kessel, doch fanden hinzukommende Arbeitkollegen ihn nach wenigen Minuten als Leiche vor. Nebenfalls sind in dem Kessel, der in der vorangegangenen Nacht entleert worden war, noch giftige Gase vorhanden gewesen. Drei österrische Kleinbesitzer wollten Nachts eine Mahlmühle von Maschinenteilen über den Wustler See nach Rußland schmuggeln. Auf der Fahrt über den See wurde der Kahn fest und verkauft bei der starken Belastung schnell. Alle drei Schmuggler erkrankten. Der Staatsanwalt in Gletwiz beschlagnahmte die Maschinentheile der Gemeinde Kleinradze. In den Wäldern herrschte eine große Unordnung und in der Kasse fand sich ein bedeutendes Defizit vor. Neunmal hat im Laufe der letzten zwei Jahre der 23jährige Drechslergehilfe Julius Meiler in Wien verurteilt, sich das Leben zu nehmen. Er hat es mit dem Erhängen und Erschießen versucht, in's Wasser gesprungen und hat zum Giftbecher gegriffen, dennoch blieb er, mehr oder minder schwer verletzt, am Leben. Dieser Tage traut er wieder eine Witrol-Lösung, aber auch diese brachte ihm nicht den erwünschten Tod. In Wirmingham hat man in einem von einer Wittive Mary Bowen bewohnten Hause im Keller neun Leichen neugeborener Kinder entdeckt. Frau Bowen, welche als Hebammen thätig war, wurde am Mittwoch, den 21. Mai trant in ein Spital geschafft. Im Keller fand man neun kleine Kisten, in denen Seifenpulver gewesen war, und in jeder Kiste war eine kleine mehr oder weniger verweste Leiche. Man glaubt indessen nicht, daß es sich um ein Verbrechen handelt, vielmehr scheinen die Kinder todtgeborene gewesen zu sein und Frau Bowen hätte die Beerdigung der Leichen besorgen sollen. Das Buddhisten-Kloster Choruji in Kamikori, Japan, das mehr als 1200 Jahre alt war, ist niedergebrannt. Dabei sind Kostbarkeiten im Werthe von etwa zwei Millionen Yen zerstört worden, darunter auch ein großer Theil einer Handschriften-Sammlung, von der die meisten aus Indien stammen. Auch Heiligenbilder, die Augen aus Diamanten hatten, sind verbrannt; für diese hatte kürzlich ein Amerikaner 40000 Yen geboten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beleidigung seines „Landesherrn“, des Königs von Bayern, wurde der Richter Andreas Bölein aus Doss bei Nürnberg vom Landgericht Leipzig zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt; zwei Wochen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. L. hatte auf dem Königsplatze in Leipzig an einen Schuhmann das Verlangen gestellt, verhaftet zu werden. Da der Beamte sich weigerte, stieß er die strafbaren Verhärten aus. Die Strafkammer des Landgerichts in Danzig verurtheilte den Schuhmachergesellen L. S. d. a. u. aus Schönblick wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängniß. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Der verkaufte Patriot. In Halberstadt fand vor einiger Zeit das Begräbniß eines gewissen Lange statt, welcher Mitglied des Kriegervereins daselbst gewesen war. Dies sollte nach seinem Tode zu allerhand hochpolitischen Aktionen führen. An dem Begräbniß nahm eine Deputation des Kriegervereins unter der Führung seines Vorsitzenden theil; ferner schloß sich dem Leichenzuge ein Gesangsverein an, welcher auf dem Friedhofe mit Genehmigung des Pfarrers ein Lied sang. Die Feter schloß damit, daß die Mitglieder des Kriegervereins eine Salve am Grabe des Dahingeshiedenen abfeuerten. Nicht lange darauf forderte die Polizei vom Kriegerverein, daß der Vorsitzende desselben, Klanc, aus dem

jener Rede festzustellen suchen. Pro secundo: bereits heute ist eine Estafette an den Herrn Brigadier in Stanislaw abgegangen, worin derselbe unter Darlegung des Sachverhalts erucht wird, baldmöglichst eine Compagnie Infanterie nach Zulawce zu commandiren. . . .

„Das ist in der That höchst erfreulich“, bemerkte der Mandatar. „Nur möchte ich mir erlauben, auf Folgendes aufmerksam zu machen.“

„Nun — meinerwegen erlauben Sie sich.“ Der alte Herr wurde ungeduldig, vielleicht weil aus dem Nebenzimmer deutlich das Klirren von Kaffeetassen herüberklang.

Nach der allgemeinen Ueberzeugung ist ein Ueberfall des Castells vom Oftersonntag auf den Montag zu befürchten. Das Militär mußte also spätestens am Sonntag Nachmittag in Zulawce eintreffen. Das ist, sofern es nur Infanterie sein soll, unmöglich. Wir haben heute Donnerstag. Die Estafette trifft morgen früh in Stanislaw ein. Nehmen wir an, daß der Herr Brigadier die Sache bereits bis 10 Uhr Vormittags erledigt hat.“

„Oder bis Viertel Elf!“ unterbrach ihn der alte Herr. Er steckte bereits wieder mit beiden Armen in jener unsichtbaren Amtstracht. „Herr, was wollen Sie damit?“

„Werden Sie sofort erkennen“, erwiderte der Mandatar, gleichfalls etwas gereizt. „Freitag 10 Uhr fertigt also der Herr Brigadier den Befehl an das nächste Infanterie-Commando aus. Es liegt in Czortkow, erhält die Nachricht, bestenfalls Samstag Morgens und braucht zwei Eilmarsche, trifft also erst Montag ein. Daraus geht die Nothwendigkeit hervor, das Dorf vorläufig durch die nur zwei Meilen entfernten Haffsy-Husaren in Jablotow.“

„Herr!“ brach der alte Drummbar endlich los. „Was schwagen Sie da? Was geht das Alles mich an? Bin ich ein General? Ich bin Kreishauptmann; ich habe meine Pflicht zu thun, pro primo: Militaire zu requiriren; pro secundo: für einen solchen Ort, wo keine Ställe sind, weder Cavallerie noch Artillerie zu verlangen. In Zulawce sind keine großen Ställe, ergo: Infanterie. Wenn sie

verein ausgeschlossen werde, da Klanc gewünscht habe, Lange habe der — Sozialdemokratie angehört. Als aber der Kriegerverein es ablehnte, Klanc auszuschließen, nahm die Polizeiverwaltung die Bestätigung der Statuten des Kriegervereins zurück. Diergegen erhob der Vorstand des Kriegervereins Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Er suchte den todtten Lange von dem furchtbaren Verdacht zu „reinen“, daß er bei Lebzeiten der Sozialdemokratie angehört habe. Der Bezirksauschuss zu Magdeburg erkannte jedoch auf Zurückweisung der Klage. Diese Entscheidung aber suchte der Kriegerverein beim Obergerichtsverwaltungsgericht an. Der Verein bestritt, daß Lange zu den verurtheilten Klancern des Klancs gehört habe. Lange sei ein „durch und durch patriotischer“ Mann gewesen; er habe sich stets auf dem Bahnhofe eingefunden, wenn der Kaiser durchgereist sei; auch hätten sich an den Wänden in Langes Stuben die Bilder der Herrscherfamilie befunden! Trotz dieser überzeugenden „Meinung“ des todtten Lange wies jedoch das Obergerichtsverwaltungsgericht die Klage ab. Aber nicht aus politischen Gründen, sondern lediglich deshalb, weil bei der Verfassung oder Aufhebung der Bestätigung der Statuten eines Kriegervereins die Klage im Verwaltungsstreitverfahren nicht gegeben sei. So behält Lange seine Salve; der Kriegerverein aber hat keine Statuten. Er wird sich nun wohl auflösen, was auch das Gesehdeste ist.

Wie man in der Schweiz Streitvergehen ahndet, zeigt folgende, der „Leiz. Volksz.“ zur Verfügung gestellte Polizeiverfügung:

Polizei-Verfügung.
Nr. 5584.

Laut Polizeirapport vom 20. November 1895 hat Franz X. Glaser, Chorgasse 20, Zürich 1, am 20. November abends 7 Uhr an der Gemeindeftraße von der Arbeit heimkehrende Glaser thätlich angegriffen und verletzt mit anderen Streikern blutig geschlagen.

Derselbe hat sich dadurch der Uebertretung der Art. 15, 27 und 28 der städtischen Polizeiverordnung vom 5. April 1894 schuldig gemacht.

Wegen dieser Uebertretung wird in Anwendung von Art. 183 genannter Verordnung dem Franz X. eine Buße von fünf Franken auferlegt.

Zürich, den 22. November 1895.

Der Polizei-Inspektor.

In Zürich erhielt der Uebeltäter 5 Franken Geldstrafe, in Deutschland hätte er nach der Meinung der Scharfrichterblätter vermuthlich nicht unter fünf Jahren Zuchthaus wegkommen dürfen.

Blutiges Abenteuer mit einem Haifisch. Dieser Tage unternahm, wie man aus Genewa berichtet, drei junge Seelente aus Quinto in einem kleinen Segelboot eine Fahrt aufs Meer. Sie waren noch nicht weit gekommen, als sich ihrem Boot ein junger Haifisch näherte. Einer der Seelente, Namens Enrico Meliaca, beschloß, den Haifisch zu fangen. Er entkleidete sich rasch und schwamm mit dem Dolche zwischen den Bahnen auf den Raubfisch zu. Nach kurzem Kampfe gelang es ihm, den Haifisch rücklings mit beiden Armen zu umklammern und in das Boot hinein zu werfen. Aber während sich der Fisch in seinem Elemente furchsam und ungeschickt gezeigt hatte, erwies er sich im Boote als ein gefährlicher Gegner. Durch wuchtige Schwanzschläge drohte er das Boot umzuwerfen, und als ihn die Seelente festhalten wollten, gelang es ihm, mit seinem Maul den Arm des einen zu fassen. Der Unglückliche stürzte, laut schreiend vor Schmerz und Schrecken, in das Boot nieder, und der Haifisch zerfleischte mit zermalnender Unbarmherzigkeit den Arm. Zwischen den drei Männern und dem Fische entspann sich in der engen Warte ein Kampf auf Leben und Tod. Enrico Meliaca versuchte, den Fisch wieder in das Meer zu werfen, glitt aber aus und kam so unglücklich zu liegen, daß ihm der Haifisch mit seinen Bahnen den Nacken und den Rücken zerfleischte konnte. Zum Glück gelang es schließlich dem Fische, aus dem Boote ins Meer hinauszuschwimmen. Der unverwundet gebliebene Seemann steuerte das Boot eiligst nach Quinto zurück, wo seine von dem Fische über zugerichteten Genossen im Krankenhause Aufnahme fanden.

kommt, wird sie eben da sein! Ihrewegen kann nicht die Ordnung zerstört werden, auf welcher Oesterreich aufgebaut ist. Was rechnen Sie mir vor, wo Der oder Jener steht? Frage ich einen hechtgrauen Hock? Einen Fedeckhut?“

„Nein“, erwiderte der Mandatar ruhig, „einen Schlafrock und ein Schlafkappchen.“

Diese Worte wirkten wie eine Beschwörung. Sie erinnerten den alten Herrn, daß er nicht im Bureau sei, also auch gar nicht das Recht und die Pflicht habe, grob zu werden. Mit einem gewaltthätigen Nuck suchte er die Amtstracht wieder abzustreifen. „Em! — also — res extraordinaria!“ Aber die Neue lastete wie ein Alp auf seiner Brust und er suchte nach einem Mittel, sie zu beistelligen. „Unangenehme Geschichten — dieser Taras — also, was ich sagen wollte: am Sonntag sehe ich einige Freunde bei mir, zu einem Vöffel Suppe. Bitte, schenken Sie mir auch die Ehre!“

Er hielt Herrn Hajel die Hand hin, in welche dieser eifrigst einschlug. Eine Einladung zu dem großen Ofterdiner des Kreishauptmanns, bei welchem sich die Elite des Kreises versammelte, wäre ihm immer sehr angenehm gewesen; dem Wanne, der sich soeben mit einer Dame von dem Rufe der Gräfin Wanda verlobt, mußte sie vollends wie ein Glück erscheinen. . . .

„Er kann es natürlich noch nicht wissen“, dachte er vergnügt, indem er die Treppe hinaufstieg. „Bis Sonntag freilich wird die Sache ruchbar, und dann wirkt es sehr günstig, wenn man mich dennoch bei dem Diner des Kreishauptmanns sieht! Uebrigens — das Geschwätz der Leute kümmert mich jetzt ebensowenig, wie Taras selbst. Es war thöricht, mich vorhin so zu ereifern. Ob der Mordbrenner das Castell meines edlen Herrn anzündet oder nicht, kann mir, wenn ich und meine Cassette nicht darin sind, ziemlich gleichgültig sein.“

(Fortsetzung folgt.)